

# Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 20. Februar 1920  
11. Jahrg. Nummer 42

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Einrechnung des Postzuschlags 3,00 Mk. Einzelhefte: Die sechswöchentliche Wochenschrift oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Besammlungsangelegenheiten 6 Pf., Familienbeilage: Die dreiwöchentliche Wochenschrift oder deren Raum im Jahr 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme h. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Haupt-Expedition:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 540 39. **Wochenredaktion:** Breslau 544, Hebelstraße, Trebnitzer Straße 50, Telefon 239 02. **Expedition der Redaktion:** von 12—18, Montags bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** Gleiwitz, Oberstraße 28, Telefon 4088; Grottkow, Sunitz 6, Telefon 2384. **Geschäftszeit:** von 9—19 Uhr. **Verkauf:** am Hauptverlagsort Breslau. — **Verlag:** G. L. Wegmann & Co., Breslau. — **Druck:** „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

## Löbe für einen neuen 4. August

### Ein Bekenntnis für Vaterlandsverteidigung und Aufrüstung auf dem mittelschlesischen Bezirksparteitag der SPD.

Breslau, den 10. Februar.

Die „Volkswacht“ vom Montag veröffentlicht einen umfangreichen Bericht über den mittelschlesischen Parteitag der SPD., auf dem Paul Löbe das Hauptreferat über die Gegenwartsaufgaben der Sozialdemokratie hielt. Edstein hielt das Korreferat. Aus Raumangel können wir heute nur knapp auf die Verhandlungen des Parteitages, auf Löbes Referat und Edsteins Korreferat eingehen. Wir wollen heute nur feststellen, daß Löbe ein grundsätzliches Bekenntnis zur Befähigung der kapitalistischen Republik, zur Vaterlandsverteidigung und Aufrüstung ablegte, das von der gesamten bürgerlichen Presse mit Wohlwollen quittiert wird. Löbe erklärte u. a.:

„Der an sich einfache und daher bestehende Gedankengang, kein Krieg, also keine Reichswehr, ist in seinen Schlussfolgerungen falsch, tatsächlich ist dieser Weg auch nie von der Partei beschritten worden, tatsächlich mündete beispielsweise der einstige Kampf gegen die kaiserliche Armee in der Forderung der Miliz (Zwischenruf: die heutige Waffentacht ist nicht mehr die gleiche). Die heutige Waffentacht der Arbeiterklasse eine völkische Waffentacht der Einwirkung auf den Kriegszustand, da zum modernen Kriege alle Produktionskräfte des Staates nötig sind. Das Heibelberger Programm steht ebenfalls und ausschließlich die Umgestaltung der Reichswehr vor. Warum sollen wir, die wir Millionen zu uns gezogen haben, nicht die hunderttausend Mann der Reichswehr zu gewinnen vermögen? Selbstverständlich zwingt uns das Gebot der Sparsamkeit, uns auf Grenzschutz und Neutralitätsschutz zu beschränken, wobei es durchaus nicht notwendig ist, die Rüstungsmöglichkeiten des Verfallenen Vertrags auszunutzen. Nun wird hiergegen oft eingewandt, daß der Begriff „Verteidigungskrieg“ nicht feststellbar sei, daß jeder Krieg den Charakter des Imperialismus trägt. Sehen wir demgegenüber auf Desterreich und die es umgebenden Gefahren des auswärtigen imperialistischen Eroberungswillens. Ich folge nicht den Gedankengängen des Reichswehrministers in seiner Denkschrift, aber ich sehe doch, daß Polen sich durch einen Gewaltstreich in den Besitz der litauischen Hauptstadt Wilna gesetzt hat, daß Angriffe auf Ostpreußen und Oberschlesien denkbar wären, deren Abwehr man nicht als unberechtigt hinstellen kann. Genosse Otto Bauer sagt in einem Gutachten zur deutschen Wehrfrage, daß die Möglichkeit eines Konflikts Polens mit Rußland bei englisch-französischer Waffenhilfe das Problem des Neutralitätsschutzes für Deutschland aktuell werden lassen kann und daher die Erhaltung einer Abwehrmöglichkeit zum Schutze der Neutralität berechtige.“

Selbstverständlich bejahen wir den Pazifismus und nehmen zu einer solchen Wehrmacht keine andere Stellung ein, wie etwa zum Reichsbanner, das lediglich eine Abwehr, keine Offensivorganisation ist. Die Feststellung des Verteidigungskrieges ist heute beim System des Völkerverbundes sicher leichter wie ehemals. Wenn nun in dem Entwurf, den auch Breslau mit einigen Änderungen zum Wehrprogramm aufstellt, die Republik als kapitalistischer Staat bezeichnet wird, dem der sozialistische Staat, nachdem die Rüstung gestattet, gegenübergestellt wird, so wurde die Übergangsperiode außer acht gelassen, die zweifellos dann befehlt, wenn Sozialisten in der kapitalistischen Gesellschaft die Staatsmacht allein übernehmen. Die Genossin Sender gelangte in einem Artikel in der „Gesellschaft“ ebenfalls zum Schluß, daß der Kapitalismus nicht mehr allein herrschend sei, die Lage des Proletariats sich geändert habe und die Befähigung des Eindringens in den Staat auch die Befähigung der Wehrmacht bedinge.“

„Soweit Herr Löbe! Karl Marx und Friedrich Engels haben der internationalen Arbeiterklasse zwar gelehrt, daß die Übergangsperiode zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft die Diktatur des Proletariats ist. Nach der „Theorie“ von Kautsky, Löbe und Konforten ist die Übergangsperiode die Diktatur des Proletariats, sondern die kapitalistische Republik und die Koalitionsregierung.“

Bei den Ausführungen Löbes vermerkt der Berichterstatter der „Volkswacht“ wiederholt Zwischenrufe, ohne allerdings den Wortlaut dieser Zwischenrufe, die Herrn Löbe nicht gerade angenehm in die Ohren geklungen haben dürften, zu verzeichnen. Wahrscheinlich haben die Arbeiter Paul Löbe darüber belehrt, daß sie über den Charakter der kapitalistischen Republik anderer Auffassung sind als er und seine „linke“ Genossin Sender.

Edstein erklärte in seinem Korreferat, daß er „eine Verpflichtung, das Vaterland zu schützen, nicht anerkenne“ und erinnerte Löbe an die Haltung der Reichswehr im Jahre 1923. Die Koalitionspolitik der SPD. bezeichnete er

als eine Kautsky für die fortgesetzte Bürgerkriegspolitik.

„Vor dem 20. Mai hatten wir klare Fronten, jetzt sind wir getrennt.“

„Ich so weit, daß wir mit der hochkapitalistischen Volkspartei in der Regierung sitzen, während Zentrum und Kommunisten in der Opposition sind. Man hat zuerst den Panzerkreuzer geschaffen und versucht dann eine sozialistische Theorie danach zu machen.“

Natürlich zieht Herr Edstein aus der Erkenntnis der Ursachen der Schaffung des Wehrprogramms nicht die Konsequenzen. Aber darin hat er recht. Am Anfang war der Panzerkreuzer, dann kam die sozialistische Wehrtheorie zur Rechtfertigung der Aufrüstungspolitik. Daraus sollten alle sozialdemokratischen Arbeiter den ganzen Schwandel des Wehrprogramms der SPD. erkennen.

Im Schlußwort ging Löbe besonders auf Edsteins Ausführungen ein und unterstrich den sozial-imperialistischen Charakter der SPD. Löbe sagte u. a.:

„Ohne die Pflichten gegenüber der Arbeiterklasse zu verneinen, haben wir aber mitunter Pflichten, die sich aus der nationalen Erlebung der Völker ergeben.“

Das ist das Bekenntnis zu der Politik des 4. August! Das Vaterland über die Partei. Andere rechte sozialdemokratische Führer haben das noch deutlicher und offener zum Ausdruck gebracht als der diplomatisch biederhändische Paul Löbe, der geschickt mit den Stimmungen der Arbeiter rechnet.

Wir kommen auf die interessanten Auseinandersetzungen auf dem mittelschlesischen Parteitag der SPD. noch ausführlicher zurück.

## Schredtschuß der Breslauer Verteidigungsunternehmer

Die bürgerliche Telegraphen-Union verbreitet folgende Meldung: Der mitteldeutsche Textilarbeiterstreik bzw. die Ausperrung wirkt bereits nach Breslau, der zweitgrößten Konfektionsstadt, seine Schatten. Zahlreiche Kündigungen wurden bereits ausgesprochen, weitere stehen in sicherer Aussicht, wenn die Zufuhr an Stoffen nicht alsbald wieder aufgenommen wird. Die Breslauer Konfektionsfirmen — mehr als 90 mit 20 Großbetrieben — haben schon sehr empfindlichen Mangel an Stoffen, so daß Betriebsbeschränkungen unausbleiblich waren und die Heimarbeiter nur wenig berücksichtigt werden konnten. Es handelt sich in Breslau um über 10 000 Angestellte, Zuschneider, Zwischenmeister, Arbeiter und Arbeiterinnen, die durch die drohende Stilllegung brotlos werden müßten. Die erschreckende Arbeitslosigkeit in Breslau würde dadurch verschlimmert werden.

Die U.-Meldung ist lediglich als Schredtschuß der Unternehmer zu bewerten. Bekannt ist, daß die ausgedehnte schlesische Textilindustrie zum Teil über Mangel an Aufträgen klagt. Wenn also die Breslauer Konfektionsfirmen nur wollten, könnten sie ihren Bedarf an Stoffen ohne Schwierigkeiten decken. Das von ihnen vorgenommene Manöver ist lediglich ein Versuch, die ohnehin äußerst niedrigen Löhne der Konfektionsarbeiter (insbesondere die Verdienste der Heimarbeiter sind wahre Hungerlöhne) weiter zu senken. Die Konfektionsarbeiter dürfen sich nicht einschüchtern lassen! Nicht Lohnabbau, sondern Lohnerrhöhung muß ihre Parole lauten.

## Kündigung des ostschlesischen Bergbautarifes

U. Gleiwitz, 18. Februar. Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmerverbände des deutsch-oberschlesischen Bergbaues hat beschlossen, das Mehrarbeitszeitabkommen Ende dieses Monats zum 31. März zu kündigen. Die Kündigung ist bis jetzt nur beschlossen worden, aber noch nicht erfolgt und wird erst, wie aus dem Beschluß hervorgeht, Ende Februar vorgenommen werden. Der Beschluß wird von Arbeit-

nehmerseite mit der Forderung begründet, daß ab 1. April 1920 die tariflich vereinbarte Arbeitszeit von 7½ Stunden unter Tage und acht Stunden über Tage eintritt. Der Arbeitgeberverband, dem von dem Beschluß noch nichts bekannt ist, hat dazu noch nicht Stellung genommen.

## Polizei gegen streifende Schneider

Neuyork, 19. Februar. In Neuyork fand eine Kundgebung der streifenden Schneider statt, an der etwa 6000 Schneider teilnahmen. Ähnlich wie in Deutschland ging die Polizei gegen die Demonstranten scharf vor, versuchte die Kundgebung zu sprengen und nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

## Edstein und Fren sind sich prinzipiell einig

In der Vertreterversammlung der SPD. Breslau am Freitag vergangener Woche wurden die oppositionellen Anträge gegen das sozialimperialistische Wehrprogramm und die Koalitionspolitik mit starker Mehrheit angenommen. Bezeichnend war eine Feststellung der rechten Sozialdemokraten und des Reichsbannerführers Hugo Frey: „Wenn es sich darum handelt, zu grundsätzlichen Fragen Stellung zu nehmen, zeigt es sich, daß wir eigentlich keine zwei Richtungen haben. In der Wehrfrage hat der linksgerichtete Genosse Seydewitz dieselben Ansichten vertreten wie ich in der „Volkswacht“.“

Vorher der „äußerst linke“ Dr. Edstein nichts anderes zu erwidern mußte als dies:

„Wenn wir auch prinzipiell im großen und ganzen einig sind, sind wir es doch nicht in faktischen Fragen.“ Eine sinnvolle Bestätigung unserer Behauptung, daß die „linken“ SPD.-Führer „grundsätzlich“ mit den positiven Aufrüstungspolitikern und Landesverteidigern trotz aller Schaumbläsereien gar keine Differenzen haben. Beide Führerliquen sind aus demselben Holze geschnitten!

Die „taktischen“ Differenzen bestehen nur darin, daß der „linke“ Edstein die sozialdemokratischen Arbeiter noch raffiniert um den Köffel barbarieren will als Hugo.

Die nächste Wochenausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ ist dem

## 11. Jahrestag der Roten Armee

gewidmet. Alle Ortsgruppen geben sofort ihre Bestellung auf

# Schaum für die Kleinrentner

(Fig. Bericht) Berlin, 18. Februar.

Nach achtstündiger Pause eröffnete Präsident Lobe den Reichstag mit der Mitteilung, daß die kommunistische Fraktion eine Erklärung abzugeben beabsichtigt. Er könne die Verlesung dieser Erklärung nicht gestatten, da sie eine Kränkung der Amtsführung des Präsidenten enthält. (Beifall bei der Mehrheit, stürmische Applaus b. d. Komm.)

Präsident Lobe (fortfahrend): Ich habe der kommunistischen Fraktion die Tribünenkarten entzogen, da ich annehmen muß, daß sie im Einvernehmen mit den Redaktoren auf der Tribüne steht. (Stürmische Zurufe: Haustyrann, Diktator!) Ich werde weitere Schutzmaßnahmen gegen die Kommunisten anordnen. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Genosse Stöcker beantragt die Vorlesung der Tagesordnung und bezweifelt zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Daraus wird die Sitzung unterbrochen.

In der neuen Sitzung wird der Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über die Anträge der Kleinrentner für Folge zur Debatte gestellt. Der Ausschuss ersucht, in einer Entschließung die Regierung, eine reichsgesetzliche Regelung der Kleinrentnerfürsorge hinsichtlich des Personaltreffes, der Voraussetzungen und der Höhe der Leistungen und der Mitwirkung der beteiligten Personen zu treffen.

Abg. Frau Lehmann (bnat.) verliest eine längere Erklärung ihrer Fraktion. Die Deutschnationalen wären immer für die Forderungen der Kleinrentner eingetreten. (Gelächter.) Die Ausschüßentschließung sei ungenügend, die Kleinrentner hätten einen Versorgungsanspruch zum Lebensunterhalt. Die Regierung verlangt bis zum 15. März einen Gesetzentwurf, in dem den Rentnern ein Rechtsanspruch auf Versorgung gesichert wird.

Reichsarbeitsminister Willell erklärt, daß die Reichsregierung mit dem Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses einverstanden ist.

Abg. Effer (Zentr.) wünscht, daß nicht soviel geredet, aber mehr für die Kleinrentner gesorgt werde. (Gelächter, Zuruf von den Kom.: „Und was macht Ihr?“) Die Erklärung der Deutschnationalen sei lediglich Parteipropaganda. Die Deutschnationalen hätten ihre Haltung zu den Wünschen der Kleinrentner immer danach eingerichtet, ob sie in die Regierung oder in der Opposition lagen. Die Deutsche Volkspartei und die Demokraten hätten sich ähnlich gemacht. Das Zentrum werde der Ausschüßentschließung zustimmen.

Abg. Reil (Soz.): Die vorliegende Ausschüßentschließung weise den Weg zur Abstellung der bestehenden Mißstände. Die Sozialdemokratie beantrage, daß eine Sondersteuer von Inflationsgewinnen erhoben wird. (Demokratischer Zuruf: „Das ist jetzt zu spät!“ Gelächter.)

Abg. Frau May (D. V.) begründet die Entschließung ihrer Fraktion auf Vorlage eines Rentengesetzes und Gewährung eines Versorgungsanspruches.

Schluß der Sitzung 6 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag nachmittags 3 Uhr. Fortsetzung der Debatte. Für die kommunistische Fraktion wird die Genossin Krensbje die betrügerischen Versprechungen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten andrängern und gleichzeitig die berechtigten Forderungen der Kleinrentner aufstellen.

# Berührte Polizeimaßnahmen gegen die kommunistische Reichstagsfraktion

(Fig. Bericht) Berlin, 18. Februar.

Mitte Januar hielt es der sozialdemokratische Reichstagspräsident Lobe für angebracht, vor der großkapitalistischen deutschen Presse in einem Vortrag über sogenannte Polizeireformen „verfeinerte und veredelte“ Polizeimaßnahmen gegen die Kommunisten anzukündigen. Wie diese verfeinerten und veredelten Polizeimaßnahmen ausfallen sollen, sagte Lobe durch seine brutale, diktatorische und willkürliche Geschäftsführung gegen die Kommunisten. Die Ereignisse in der vorletzten Woche sind bekannt. Am Montagtrüh ließ Lobe durch einen Bürobeamten des Reichstags der kommunistischen Fraktion mitteilen, daß er von neuem den Entzug der Tribünenkarten für die kom-

munistische Fraktion angeordnet habe. Da diese Polizeimaßnahmen ohne jegliche Begründung gegeben wurden, ersuchte die kommunistische Fraktion um eine schriftliche Begründung. Jedoch bezeichnenderweise ohne Erfolg.

Daraufhin verlangte bei Beginn der Plenarsitzung des Reichstags am Montag der Genosse Stöcker das Wort zur Abgabe einer Protesterklärung der kommunistischen Fraktion gegen Lobes Polizeidiktatur. Lobe aber verweigerte unter stürmischen Protestrufen der kommunistischen Fraktion dem Genossen Stöcker das Wort. Im selben Moment aber erhob er gegen die kommunistische Fraktion allerlei Vorwürfe und stellte auf Grund von Spitzberichten beweislose Behauptungen auf, um seine Gewaltpraxis zu rechtfertigen und — es wird immer schöner im Deutschen Reichstag — neue Gewaltmaßnahmen gegen die Kommunisten anzukündigen. Natürlich antwortete darauf die kommunistische Fraktion mit heftigen Protestrufen, für die es dann wieder eine Anzahl Ordnungsrufe gab. Selbstverständlich fanden Lobes Ankündigungen den Beifall aller Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen.

Die Erklärung, die Genosse Stöcker gegen die Geschäftsordnung Lobes abgegeben wollte, hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstagspräsident hat der kommunistischen Fraktion und damit großen Schichten der Arbeiterklasse, wie insbesondere den Erwerbslosen, die Tribünenkarten zum Besuch des Reichstages von neuem entzogen. Diese Maßnahme reiht sich durchaus den Polizeischikanen des Reichstagspräsidenten in den letzten Wochen an: der ersten Entziehung der Tribünenkarten, der Wortentziehung und dem Hinanspruch kommunistischer Abgeordneter, wie auch der sonstigen einseitigen, tendenziösen Geschäftsführung durch den Präsidenten, die ohne Zweifel auf die sachlich berechtigte Kritik der kommunistischen Fraktion gegenüber dem arbeiterfeindlichen Verhalten der Koalitionsregierung Hermann Müller und der sozialdemokratischen Fraktion zurückzuführen ist.“

Die kommunistische Fraktion protestiert aufs schärfste gegen diese gegen die Arbeiterklasse gerichtete Geschäftsführung des Reichstagspräsidenten und überläßt im übrigen das Urteil über diesen offenen Mißbrauch der Präsidentengewalt im Reichstage der wertvollen Bevölkerung selbst.“

Nach diesen Vorgängen beantragte Genosse Stöcker bei Eintritt in die Tagesordnung die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da das

# Vom Tage

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurden bei der Verhandlung des Auslieferungsgesetzes alle kommunistischen Verbesserungsvorschläge abgelehnt und das Asylrecht für politische Emigranten wesentlich verengt.

Wie die städtischen Gaswerke Berlin mitteilen, ist die Ursache der Explosion des Gasometers in der Kellerstraße noch nicht gefunden worden.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Jurist Sänge ist verstorben.

Wie die bürgerliche Presse meldet, kann die geplante Fahrt des „Graf Zeppelin“ nach Ägypten nicht durchgeführt werden, weil die englischen Behörden nicht gewillt sind, einen Antrag, den Ueberflug über Ägypten und Palästina zu gestatten, zu genehmigen.

In einer stark besuchten Versammlung der Zentrumsparlei in Hamburg erklärte der Zentrumsführer a. D. Marx, daß seine Partei die Verantwortung für den Etat ablehne, wenn die Große Koalition nicht gebildet werde. Das Zentrum sei bereit, die Verantwortung zu tragen, wenn es eine entsprechende Vertretung in der Regierung erhalte, und es überlasse der Reichsregierung die Initiative. Die Rede von Marx wird von der gesamten Presse allgemein als eine neue Aufforderung zu Koalitionsverhandlungen gewertet.

Die bürgerliche Presse behauptet, daß Trozki an Lobe ein Telegramm gerichtet und ihn gebeten habe, ihm die Einreisegenehmigung in Deutschland zu verschaffen. Eine Befätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist Trozki wegen seiner sowjetfeindlichen Tätigkeit aus der Sowjetunion ausgewiesen worden und mit seiner Familie nach Peta bei Konstantinopel abgereist.

Auf dem Bahnhof Bielefeld fuhr gestern die Lokomotive eines Personenzuges auf einem im Gleis haltenden Personenzug von hinten auf. Einige Reisende wurden leicht verletzt. Einige Wagen sind beschädigt.

haus nicht beschlußfähig war, schloß Lobe die Sitzung und berief eine Sitzung auf zehn Minuten später ein. In dieser zweiten Plenarsitzung bezweifelten Genosse Stöcker erneut die Beschlußfähigkeit. Obwohl der Reichstagspräsident sich einzig selbst beschlußfähig erklärte, ließ Lobe Genosse Torgler, der dem Präsidenten zuruft: „Ungehörige Schließung!“ erhält darauf einen Ordnungsruf.

Die kommunistische Fraktion wird das Vorgehen Lobes erneut im Vorkreis der Reichstages zur Sprache bringen. Je mehr die Sozialdemokraten mit ihrer Koalitionspolitik in Schwierigkeiten kommen, desto schärfer und rücksichtsloser ist ihr Vorgehen gegen die Kritik der einzelnen Oppositionspartei, der Radikalen, die ihren Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse selbstverständlich trotz aller Schikanen Lobes rücksichtslos fortführen werden.

# Gasometerexplosion in Berlin

Der Norden Berlins in der Umgebung des Wedding ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag von einer Gasexplosionkatastrophe heimgeschlagen worden, die verhältnismäßig noch glimpflich verlaufen ist. Aus noch nicht aufgekläarter Ursache (sog gegen 8 Uhr nachts einer der beiden Gasometer mit 88.000 Kubikmeter Gas) und in der Kellerstraße mit ungeheurer Detonation in die Luft und wurde vollkommen durch die Explosion und den darauffolgenden Brand zerstört. Von den nach allen Seiten fliegenden Mauerstücken wurden, da um diese Zeit die Straßen fast menschenleer, einige im ganzen sechs Personen verletzt, dagegen an den umliegenden Wohnhäusern schwerer Materialschaden angerichtet. Der Bewohner der Weddinggegend bemächtigte sich eine Panik, da auch die Explosion des zweiten Gasometers befürchtet wurde, aber glücklicherweise nicht eintraf.

Wie erfahren über das Unglück noch folgende Einzelheiten: Die Katastrophe ereignete sich um 2 1/2 Uhr nachts durch ein unvorhergesehenes, weithin vernehmbares Zischen an. Im nächsten Augenblick ertönte eine ungeheure Explosion, die den Erdboden rings umher erzittern machte und Taufende von Fensterstücken auf die Straßen und Höfe schleuderte. Dann schoß aus dem im nächsten Dunkel liegenden Gaswert eine riesige Feuerzunge zum Himmel empor. Geländen der wildesten Panik folgten. Während noch von allen Seiten Mauersteine, Zementsplättchen, Eisenträger usw. auf die umgebenden Wohnviertel prasselten, ertönten die Entsetzensschreie der größtenteils nur notdürftig beheizten Einwohner, die in wilder Panik aus den Häusern auf die Straße eilten und ratlos umhertrotzten. Er als feststand, daß keine weitere Gefahr zu befürchten sei, kehrten die Einwohner allmählich in ihre Heimstätten zurück.

# Verfassungskämpfe der kapitalistischen Republik

Die Preussische Regierung veröffentlicht ein Rundschreiben, in dem mitgeteilt wird, daß anlässlich der Verfassungsfeier der schwarzweißrotpulvernen Unternehmersrepublik sportliche Veranstaltungen durchgeführt werden sollen.

Bürgerliche und Arbeitersportler sollen zur Teilnahme aufgefordert werden. Daß die Bürgerlichen sich daran beteiligen werden, ist selbstverständlich, geht es ihnen doch in der Republik genau so gut wie früher in der Monarchie. Die reformistischen Führer der Arbeitersportbewegung, als die Vertrauensleute der SPD, haben auf Grund der von ihnen angestrebten Koalitionspolitik die Zusage gegeben, ebenfalls an den Verfassungsfeier teilzunehmen. Scheinheilig berufen sie sich darauf, daß eine räumliche und zeitliche Trennung eingehalten werden muß, um keine gemeinsame Demonstration mit den Bürgerlichen durchzuführen. Jedes Kind weiß, daß die Verfassungsfeier an einem Tage und zu einer bestimmten Zeit stattfinden, so daß also die Arbeitersportler gemeinsam mit den bürgerlichen Sportlern, wenn es noch dem Willen der reformistischen Führer geht, aufmarschieren sollen.

Die Arbeitersportler, die täglich die warme Färbung der deutschen Republik gegenüber dem bürgerlichen Sport und die ständige Bekämpfung und Schikamentierung ihrer Bewegung spüren, die den arbeiterfeindlichen Charakter der bürgerlichen Sportverbände erkennen und es ablehnen, eine Koalition mit diesen Organisationen einzugehen, werden einen Strich durch die Rechnung der reformistischen Führer machen.

In allen Vereinen, in allen Organisationen, wo man an die Arbeitersportler das Uninnen richtet, an den Verfassungsfeier teilzunehmen, muß dies einstimmig abgelehnt werden. Die klassenbewußten Arbeitersportler werden sich nicht einlassen lassen für die Unterstützung der kapitalistischen Republik, sondern werden den revolutionären Kampf gegen diesen Staat aufnehmen, um dadurch erst die wirklichen Voraussetzungen für eine Ausbreitung der Arbeitersportbewegung zu schaffen.

# BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG Roman aus dem Kapp-Putsch

Es erscheint 1929 bei Greifenverlag, Rudolfsplatz 11.

Der Bergarbeiter wandte sich wieder an den kohlensüßeren jungen Mann, dessen blaßes Hungerleibergesicht sich vor Eifer zu röteln begann.

„Die ganze Geschichte kommt nur auf eins heraus: Kumpel, schißt richtig Ueberdrachten und haltet das Maul! Ich komme vorbei von einer Betriebsratskonferenz der Niederrheinischen Zechen in Essen. Da haben wir uns heute den halben Tag mit dem Ueberdrachtenangebot der Regierung beschäftigt. Jede Woche sollen wir zweimal eine halbe Ueberdracht verfahren.“

„Und ist es angenommen worden?“ Der Bergmann lachte bitter: „Der Zechenverband hat natürlich sofort angenommen. Für diese Herren bedeutet das ja nur neue Profite.“

„Die Bergarbeiter verdienen dann aber auch und bekommen mehr Lebensmittel zugewiesen“, warf die Dame ein.

„Hundert Prozent Ueberdrachtenaufschlag, dazu 3125 Gramm Brot pro Woche und ein Hund Speck. Mit Speck kauft man Mäuse!“ Er lachte höhnisch, seine Pfeife um der Hand auslöschend.

„Nun, ich finde es ganz richtig, wenn länger gearbeitet wird. Sieben Stunden bei dieser Kohlennot, das halte ich, — entschuldigen Sie den Ausdruck — direkt für ein Verbrechen am Volke.“ rief der junge Mann voller Ueberzeugung.

Der Bergarbeiter kratzte seinen zusammengedackten Oberkörper. „Junger Mann, Ihr Urteil ist von keiner Sachkenntnis getrieben. Arbeiten Sie erst mal „vor Ort“! Halbnaht, schweißbedeckt, wasserumspritzt, auf dem Bauche liegend, halbblind vor Kohlenstaub bei 35 Grad, im blinzelnenden Grubenlicht! Nur einmal einen Tag, und dann sollen Sie sagen, ob sieben Stunden zwüvel oder zuwenig sind.“

„Junohl, das würde ich tun“, antwortete der andere mit gewissem Stolz. „Ich bin zwar kein Arbeiter von Beruf, bin Student, aber ich kenne mich vor dieser Arbeit. Und gerade die Bergarbeit will ich kennenlernen, da es an Bergleuten fehlt. Daß das kein Kinderpiel ist, weiß ich wohl. Im Hochsommer habe ich auch vier Wochen bei der Ernte geholfen. Das ist auch nicht leicht, von morgens um vier bis abends um acht auf den glühenden Feldern zu schaffen, das können Sie mir glauben!“

„Na, denn man zu. Glatz auf, Herr Kollege!“ sagte der andere lächelnd, die schuldige Gestalt des Jungen missetzend. „So soll es ann hingehen? Ich bin so neugierig.“

Der Student überhörte absichtlich die Ironie.

„Ich wollte bis Duisburg fahren, da herum sind ja wohl die meisten Gruben. Einen bestimmten Platz habe ich ja noch nicht. aber wenn Sie Betriebsrat sind, — mein Name ist Eufrom, stud. chem. — vielleicht können Sie mir mit Ihrer Erfahrung einen guten Rat.“

Der Arbeiter lachte ein breites Lachen, „Nuders“. „Mit gutem Rat ist das allemal so: Der Klug ist, braucht keinen, und wiederum ist, befolgt ihn nicht. Ich könnte Ihnen nur eins raten: gehen Sie schnell wieder nach Hause zu Ihren Vätern, meinehalten auch auf Land, aber lassen Sie die Bergarbeit Bergarbeit sein. Sie kennen sich dabei nur die Finger.“

„Dann werde ich auch so meinen Weg finden“, antwortete der Unternehmungslustige getränkt. „Ich sage: Probieren ist besser als Studieren.“

„Da haben Sie allerdings recht“, lenkte der Kumpel ein, dem seine Schroffheit schon halb leid tat. „Aber so einfach, wie Sie sich das vorstellen, ist es doch nicht. Glauben Sie bloß nicht, daß man auf Sie wartet. Aber wenn Sie durchaus probieren wollen, versuchen Sie es doch bei uns in Ewertrop, ich führe bis Oberhausen.“

Ernt Eufroms hoffnungsvolle Perspektive bekam plötzlich ein großes Loch. Er hatte ja erst darauf gerechnet, sofort als Lehrhauer eingestellt zu werden, daß er einen Mißerfolg gar nicht in Bereich der Möglichkeit gezogen. Was nun, wenn der erfahrene Bergmann recht hatte? Er hatte ja nicht mal die Hälfte des zur Rückfahrt notwendigen Gelddetrages.

„Da stand doch groß und breit in der Presse von Hunderttausend Bergleuten, die neu eingestellt werden sollen. Die Regierung hielt doch schon Besprechungen über ganz neue Arbeiterkolonien, die angelegt werden sollen, ab. Das kann doch kein Schwindel sein“, bemerkte er kecklaut.

Der Betriebsrat zuckte die Achseln. „Papier ist ja gebuldig. Wir haben hier noch nichts von Neuanstellungen gemerkt!“

Dann begann ihn aber doch dieser junge Mensch zu interessieren. Die sonst immer die Phrase: „Nur die Arbeit kann uns retten“, brauchten, hatten sich persönlich meist zuerst vor der Arbeit gerettet, wie jener wohlgenährte Bourgeois da in der Fensterrede. Aber dieser hier meinte es offenbar aufrichtig. So begann er ihn vorsichtig auszufragen, und bald fand er auch seine Vermutungen bestätigt. Der da ihm gegenüber auf der Bank saß, gehörte bei seinem Vorhaben mehr der Rat, als dem eigenen Erbe. Kriegsfreiwilliger, Offiziersaspirant — dann Novembersozialist und Hungerstudent, ein Schindler, das viele Tantiende durchlöcher hatten. Hinter seiner republikanischen Begeisterung verbarg sich schlecht die Not der verarmten Kleinbürgerfamilie, der die Mittel zum Weiterstudieren des Meisters angegangen waren. Immerhin schien er einige Bücher über Sozialismus gelesen zu haben. Der Eindruck, daß er im letzten Kriegs-

jahr wegen eines tödlichen Angriffs gegen einen beleidigenden Vor-geleiteten degradirt und zu acht Jahren Festung mit Bewährungsfrist verurteilt worden, schien ein übriges zu seinem „Bestimmungsumschwung“ beigetragen zu haben.

„Freie Bahn dem Tüchtigen in der neuen Volksrepublik“, das war die Parole, die ihn begeistert und schließlich veranlaßte, sich beim freiwilligen Aufgebot gegen Spartakus zur Verfügung zu stellen. „Wer in dieser Situation mit Quertreibern und Eigenbröttelei begann, wie diese Liebtnecht und Luxemburg, mußte eben mit Wassengewalt zur Rejon gebracht werden.“

Angeleitet durch das wilste Treiben der Soldateska und den neu-ausgegangenen Offiziersbündel, hatte er schließlich dem Freikorps den Rücken gelehrt. Hatte weiter studiert und gehungert, bis die Verhältnisse trotz Freitisch und Stundengeben stärker wurden. Wer mit eiserner Energie packte er das Leben bei den Hörnern, — landwirtschaftlicher Helfer, Angestellter einer Kriegsgesellschaft — und jetzt „Bergarbeiterkandidat“!

Mit gewinnender Freiheit und einer Portion Galgenhumor, als handle es sich nur um sein persönliches Pech, hatte der junge Student seine Geschichte erzählt.

In Mülheim war der wohlbeliebte Herr ausgeflogen. Die Dame beschäftigte sich augenscheinlich sehr interessiert mit dem Studenten: „Ich habe in vielen Sachen eine ganz andere Einstellung als Sie. Schließlich können wir nicht alle eines Sinnes sein, aber das Wohl des Vaterlandes muß der Mittelpunkt sein, wo wir immer wieder zusammenkommen.“

„Frage sich nur, was man unter Vaterland versteht“, warf der Bergmann — der an Konversation mit gebildeten Damen nicht gewöhnt sein mochte — dazwischen.

Sie würdigte ihn keines Blickes.

„Sehen Sie, auch ich sahre zur Arbeit ins Industriegebiet. Gewisse Leute sagen vielleicht, daß ich es nicht nötig habe, weil mein Vater in Hannover Fabrikant ist. Aber auch Vermögen verpflichtet. Wir arbeiten alle! Ich studiere auch Chemie und will meine Kenntnisse hier praktisch erweitern. Sie sehen also, daß die Angehörigen der sogenannten kapitalistischen Klasse, die ja nach gewissen Theorien nur Drohnen der menschlichen Gesellschaft sind, arbeiten! Mein Vater z. B. arbeitet täglich zwölf bis sechzehn Stunden, das möchte wohl kein Arbeiter mit tauschen!“

Der Bergmann kaußelte seine Lippen verächtlich, beherrschte sich aber und paßte nur ärger als zuvor.

(Fortsetzung folgt.)

# Bergewaltigung der Breslauer Bauarbeiter

## Das diktatorische Ortsstatut in Wirkung / Die Bauhilfsarbeiter wehren sich / Stürmische Mitgliederversammlung / Bürokraten lassen über Anträge nicht abstimmen

Am Donnerstag vergangener Woche fand die Generalversammlung der Breslauer Bauhilfsarbeiter statt. Wie bekannt, wurde diese Versammlung lediglich durch eine kleine Notiz in der „Volkswacht“ angekündigt. Dadurch hofften Meise und seine Getreuen, die Bauhilfsarbeiter zu überrumpeln und von der Versammlung fernzuhalten. Seine Hoffnung wurde zu Wasser. Ueber den Verlauf der Versammlung ging uns folgender Bericht zu, den wir infolge der Störungen im Breslauer Elektrizitätswerk erst heute veröffentlichen können.

Kopf an Kopf sahen und standen die Bauarbeiter. Der große Saal der „Wilhelmsburg“ war bis zur Galerie gefüllt. Am Vorstandstisch saß der erste Fachgruppenleiter Kuhn mit seinen Getreuen. Die Türkontrole wurde von einem Kolloman do in Stärke von 20 Mann unter Führung von Dhlisch durchgeführt. Er gab sich Mühe, seiner Aufgabe gerecht zu werden, da er doch ebenfalls angestellt zu werden hofft.

Meise glänzte durch Abwesenheit. Kuhn gab stotternd den Geschäftsbericht. Bei der Berichtserstattung über das neue Ortsstatut wurde er von der empörten Mitgliedschaft mehrmals unterbrochen.

Nach dem Bericht schritt man zur Wahl der Fachgruppenleitung. Unter stürmischem Protest gab Kuhn eine Erklärung ab, daß

er als erster Fachgruppenleiter nach dem neuen Ortsstatut sich nicht zur Wiederwahl stellen braucht, da er der einzige Angestellte von den Bauhilfsarbeitern sei.

Er wagte sogar Schäler, Schnabel und Frost zur Wiederwahl vorzuschlagen. Frost lehnte ab, da er wohl länger als fünf Jahre organisiert ist, aber in den letzten fünf Jahren infolge der großen Arbeitslosigkeit hat er keine 200 vollen Beiträge geleistet. Die von den Kollegen vorgeschlagenen Vogt, Kolberg und Hahn kamen ebenfalls für eine Wahl nach dem neuen Ortsstatut nicht in Frage, da sie wohl ebenfalls langjährig organisiert sind, aber in den letzten fünf Jahren keine 200 vollen Beiträge geleistet haben. Einstimmig wurden gewählt: zweiter Fachgruppenleiter Gorchel, erster Schriftführer Künstler, zweiter Schriftführer Kuhn und Schnabel erhielten: der erste keine einzige und der zweite nur zwei Stimmen. Dieses Resultat wurde mit einem langanhaltenden höhnischen Gelächter nach der Adresse Kuhn quittiert.

Plötzlich erschien Meise in der Versammlung, mit der Absicht, nicht über die Unterschlagnungsaffäre zu reden, sondern einen Vortrag über die „Sonderfürsorge“ zu halten. Scharfe Protestrufe wurden laut. Meise wollte trotzdem über die „Sonderfürsorge“ sprechen, da erhob sich ein Sturm der Ent-

rüstung und ein Pfeifkonzert ertönte. Rufe wurden laut:

**Lump, Schieber, Betrüger, Sittlichkeitsverbrecher!**

Fluchtartig verließ Meise den Vorstandstisch. Die Erregung legte sich. Künstler ergriff das Wort. Er führte u. a. aus:

Habel (der seines Amtes enthobene Kassierer) ist noch im Aufsichtsrat der Krankenkasse, angeblich, um die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Da Habel von der Unterschlagnung einen Nervenschock bekommen hat, schick die A.O.R. diesen Aufsichtsrat in ein Erholungsheim. Und was wird mit den Kollegen gemacht, die alle einen „alten Hund“ (Rheumatismus) haben? Werden sie auch zur Erholung weggeschickt? Nein, zu ihnen wird der Vertrauensarzt geschickt.

Kuhn versuchte Habel zu verteidigen: Habel habe einen Fehler gemacht, bereue ihn und werde deshalb nicht ausgeschlossen. Diese Feststellung wurde mit einem tumultarischen Protest der Anwesenden beantwortet.

Darauf rechnete eine Reihe oppositioneller Kollegen mit dem Vorstand ab. Es sprachen Gorchel, Künstler, Hanne, Barth, Vogt und Kolberg.

Der ehemalige Betriebsrat von der Reichsmonopolverwaltung Camallen, Hanne, fragte unter tiefem Schweigen der Versammlung an:

Schon im Frühjahr wurde Meise und Kuhn Mitteilung von den zu niedrig gehaltenen Marken gemacht. Warum haben Kuhn und Meise damals mit dummen Nebensarten geantwortet? Ist es wahr, daß gegen Kuhn und Meise ein Strafverfahren eingeleitet worden ist? Ist Kuhn bereit, auf diese Fragen zu antworten?

Da Kuhn der Antwort ausweichen wollte, entstand wiederum ein ungeheurer Tumult. Darauf stellte Künstler den Antrag:

**„Den Vertretern, die das Ortsstatut, ohne vorher die Mitglieder zu fragen, beschlossen haben, wird das Vertrauen abgebrochen.“**

Andere Anträge folgten: Hanne und Barth beantragten, Habel aus dem Verband auszuschließen. Pajunk und Rüdert brachten eine Entschließung ein, wonach die Ortsverwaltung nicht mehr das Vertrauen der Mitgliedschaft genießt,

da sich die Mitglieder der Ortsverwaltung auf Kosten der Unternehmer an Saufereien beteiligten. Dadurch sollte der Bandelegierte Kollender bestochen werden, wie das aus von Pajunk und Rüdert bei Vorstandsmitgliedern der SPD hinterlegten Dokumenten hervorgeht. Eine Reihe weiterer gegen Meise und seine Getreuen gerichteter Anträge folgte. Künstler reichte eine Entschließung ein, in der

das neue Ortsstatut abgelehnt wird. Kuhn versuchte, die

### Abstimmung über die Anträge abzubremfen

Als dazu bekannt wurde, daß Meise an Dhlisch die Aufforderung gerichtet hatte, die Versammlung vor der Abstimmung zum Sprengen zu bringen, ging ein einmütiger Schrei durch den Saal:

„Abstimmen! Schluß mit der Debatte! Abstimmen!“

In dem allgemeinen Tumult rief Meise dem Kuhn zu: „Schluß mit der Versammlung; bespudden lassen wir uns nicht.“ Die abgefragten Schäler und Schnabel packten die Akten und wollten flüchten. Eine Mauer versperrte ihnen den Weg:

„Zurück, erst abstimmen!“

Meise ist an die Wand gequetscht. Arbeitssäfte nageln ihn fest. Rufe werden laut: „Hund, Sch... bod, Betrüger, wilst du abstimmen lassen!“

In dem allgemeinen Tumult sieht man den „kleinen Sohn eines großen ehrlichen Vaters“, der bleich und zitternd die Aktenstücke vor das Gesicht hält und ruft:

„Schlagt mich nicht, schlägt mich nicht!“

Schlagen, nein, das wollen die empörten Bauarbeiter nicht. Es bildet sich schnell eine Ordnung, die Meise und seinen Getreuen einen schmalen Gang öffnet. Geduckt flüchten sie in die Küche...

So ging die Generalversammlung der Breslauer Bauhilfsarbeiter auseinander, ohne daß über die Anträge der Mitglieder abgestimmt wurde. Noch haben Kuhn und Meise ihren Willen durchgesetzt, aber — und das ist das Erreichte — die Mitgliedschaft nimmt nicht latentlos die diktatorischen Beschlüsse der reformistischen Bürokraten hin.

**Sozialdemokraten, Kommunisten und parteilose Kollegen kämpfen Schulter an Schulter**

gegen die Diktatur der Führer und für die proletarische Demokratie im Verband. Das neue Ortsstatut, dessen diktatorischen Bestimmungen wir bereits besprochen haben, muß zu Fall gebracht werden! Nicht Kuhn, sondern ein vom Vertrauen der Mitgliedschaft getragener Kollege muß erster Fachgruppenleiter der Bauhilfsarbeiter werden! Breslauer Bauarbeiter, nicht nachgeben! Seht euren Willen durch! Bauarbeiter in ganz Schlesien und Oberschlesien, unterstützt den Kampf der Breslauer Kollegen gegen die Diktatur und Spaltungsbestrebungen der korrupten reformistischen Führer.



# Unser die Heimat!

Vor etwa 4000 Jahren weiß man in Schlesien schon das Metall zu schätzen. Fremde Kaufleute aus dem Süden bringen auf ihren Zügen in die Ferne auch nach Schlesien Schmuck und Handwerkszeug aus Bronze. Neben Armringen, Spangen und Bronzegefäßen kennt man bereits Rasiermesser aus dünnem Bronzeblech. In der Bodenkultur geht man vom Hackbau zur Flurbestellung mit dem bronzenbeschlagenen Pflug über. — Jahrtausendlang Entwicklung legte so den Grundstein für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg unserer Heimat.

Im Herzen Schlesiens schaffen Tatkraft und Fleiß

## RARITÄT<sup>4</sup><sub>Pf</sub>

die Cigarette des Schlesiens!  
o. Mdst. m. Gold m. Kork

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

# Genosse Jendrosch zum dritten Male aus dem Verbande ausgeschlossen

Die reformistische Verbandsbürokratie, mit der SPD-Führerschaft auf Weisheit und Verstand verbunden, hat im vergangenen Jahre die Einschlebung in das Lager der Kapitalisten und Unternehmerrassen für den Kampf um die Arbeiterklasse beschleunigt. Es kam dies besonders auf den Verbandstagen, und noch deutlicher bei den verschiedenen Wirtschaftskämpfen zum Ausdruck.

Auf den Verbandstagen wechselten Ministerreden mit einer währenden Hege gegen die Kommunisten und die Opposition. Auf dem ADW-Kongress in Hamburg wurde die Opposition an die Wand gedrückt, und Felix Rapphail, der frühere bürgerliche Redakteur, hielt sein Referat über "Wirtschaftsdemokratie", "Wirtschaftsfrieden" und "Rettung der Konjunktur".

Organisieren die Arbeiter den Abwehrkampf gegen die brutale Unternehmerrassen, so sind die Reformisten dabei, den Kampf in die staatliche Schlichtungsmaschine zu schleppen, und ihr Minister "Genosse" Wissell märgt diesen Kampf ab. Im Ruhrgebiet hat der Vertrauensmann der Schwerindustrie, Severing, den Auslieferungskampf geschlichtet, und Scheffel von den Eisenbahnern weigert sich, den Tarifvertrag zu kündigen, weil, wie er sagt, die "Situation unglücklich" sei.

Wir sehen die Reformisten und sozialdemokratischen Führer Hand in Hand mit den Führern der kapitalistischen Wirtschaft. Sie geben die meinten Reize der von der Arbeiterklasse schwer erkämpften Rechte um Ministerstempel und sonstige Futterrippen preis.

Um so mühtender kämpfen sie gegen alle Kollegen, die die Verbrechertat solcher "Führer" kritisieren, brandmarkieren und den Gedanken des revolutionären Klassenkampfes aufrecht erhalten.

Bei dieser Mut gegen die Opposition sind die reformistischen Führer alle gleich. In allen Verbänden Massenauschlüsse der oppositionellen Kollegen. Ulrich, der Bevollmächtigte im ADW, Berlin, hat seine Mut gegen die Opposition in folgende Worte zusammengefaßt:

"Wir sind der Tätigkeit der Opposition satt und werden keine Minute zögern, Tausende und Zehntausende auszuschließen, wenn sie sich nicht fügen..."

Wir sind uns keinen Augenblick darüber im Unklaren, daß das nicht nur Worte sind, sondern daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie auch so handeln wird. Der Anfang ist längst gemacht, unzählige Fälle aus der Praxis beweisen das. Bei dieser Ausschlußmut müssen die fadenfäheinsten Gründe herhalten, um diesen oder jenen oppositionellen Kollegen aus dem Verband auszuschließen.

Ein besonders typischer Fall ist der des Genossen Jendrosch, Hindenburg, dem der Hauptvorstand unter dem 29. Januar 1929 ein Schreiben sandte, in dem folgende Stellen vorkommen:

"Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß der Vorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, Sie wiederum und wohl für immer aus dem Verbande auszuschließen."

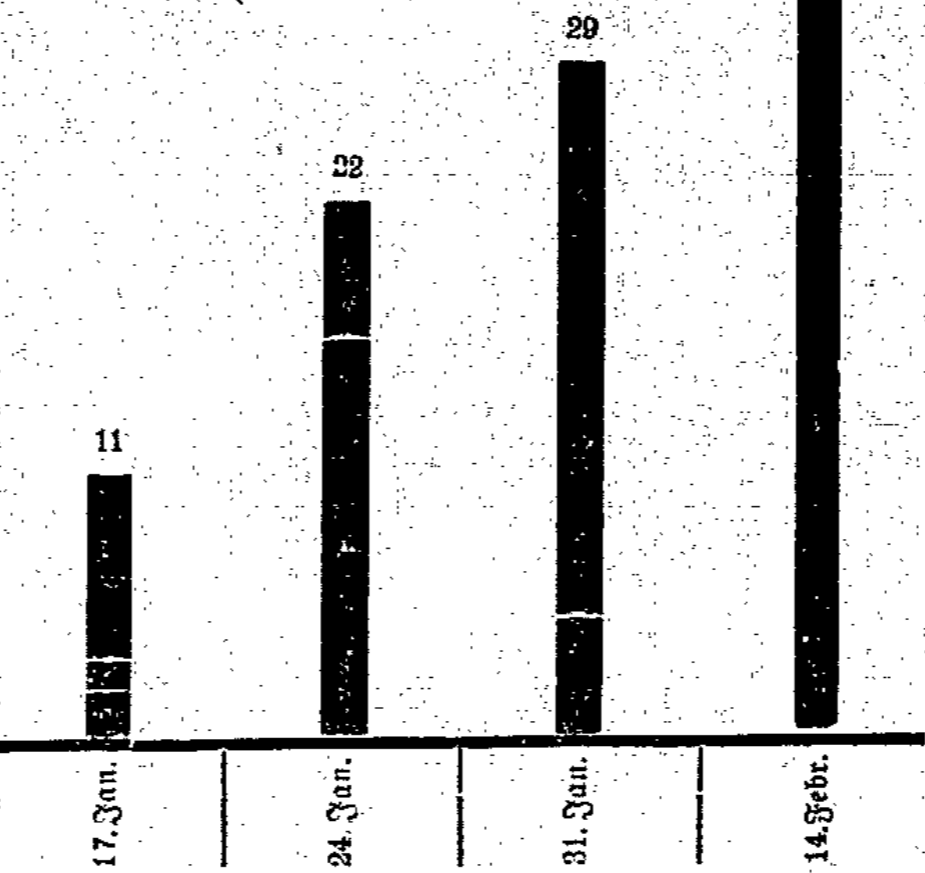
Im weiteren Verlauf wird als Grund für den Ausschluß eine Rede des Genossen Jendrosch in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung

in Frankfurt a. d. O. und die Verbreitung von Flugblättern in Kleinverlag angegeben.

Dieser Fall ist besonders deshalb charakteristisch, weil er den Ausschluß des Genossen Jendrosch zum dritten Male bedeutet. Das erste Mal wurde er ausgeschlossen im Jahre 1922, als er als Delegierter für den ADW-Kongress nach Leipzig fahren sollte, und zwar bloß, weil er auf der vorhergehenden Bezirkskonferenz dem Vertreter des Hauptverbandes Paulus Betschold gesagt hatte. Auf den

## Erwerbslose

verlangen in allen Orten Schlesiens und Oberschlesiens die Erwerbslosen-Ausgabe der "Arbeiter-Zeitung". Von Woche zu Woche steigt ihr Absatz im Sonderverkauf. In der ersten Woche, am 17. Januar, wurden in nur elf Orten 1300 Exemplare abgesetzt. In der vergangenen Woche war der Sondervertrieb bereits auf 5350 Exemplare in 39 Orten gestiegen. Genossen, bestellt sofort!



Protokoll der Kollegen hin wurde er wieder aufgenommen, um seiner Opposition wegen im Jahre 1921 wieder ausgeschlossen zu werden. Die Eisenbahnerkollegen fanden diesmal noch geschlossener hinter ihrem Vorsitzenden und Bezirksleiterstandsvorsitzenden. Scheffel mußte Jendrosch wieder aufnehmen. Aber die beiden Agenten Scheffel, der Bezirksleiter Blättermann und der Angestellte Kontrowitz hatten keine Ruhe. Zu sehr lag ihnen die Opposition im Magen.

Der obereschlesische Bezirk hat zwei oppositionelle Kollegen zum Verbandstag geschickt.

Die Anträge der Opposition zum Verbandstag sind mit Mehrheit von der Bezirkskonferenz angenommen worden.

Alle Verurteilungen von Blättermann und Kontrowitz, die Opposition zu verurteilen, sind an der geschlossenen Front der Kollegen gescheitert. Im August vorigen Jahres kam der Angestellte Kontrowitz auf einen neuen Plan. Er ging zu einer Druckfirma in Kleinverlag und kaufte eine Rechnung für Flugblätter, die ihm nicht gehörte. Er richtete die Herausgabe des Flugblattes dem Genossen Jendrosch an und beantragte ein Ausschlußverfahren gegen Jendrosch. Am 16. August erhielt darauf der Genosse Jendrosch vom Bezirksleiter Blättermann ein Schreiben mit dem Ersuchen, sich zu äußern. Am 28. August teilte Genosse Jendrosch in einem Schreiben seine Ansicht der Bezirksleitung mit und beantragte eine Untersuchung des Falles. Am 3. September erhielt er darauf eine kurze Mitteilung mit der Bemerkung, das Ausschlußverfahren sei eröffnet und er solle sein Verbandsbuch einsenden. Genosse Jendrosch sandte darauf sein Buch ein, und Monate vergingen, ohne daß von einem Verfahren etwas bekannt wurde.

Und nun kommt das oben erwähnte Schreiben mit der angeführten Begründung. Die Verdächtigung von Kontrowitz hat also für den Ausschluß nicht ausgereicht, und nun muß eine Rede des Genossen Jendrosch vom 4. Januar in Frankfurt a. d. O. dazu herhalten, um seinen Ausschluß zu rechtfertigen. Genosse Jendrosch hat in der Versammlung lebhaft festgestellt, daß der Hauptvorstand nichts tue, um die Schlichtung der vorliegenden Verhältnisse zu verhindern, und daß er auch nichts tun kann, da die Zustimmung zum Reichsbahngesetz von seinen politischen Freunden im Reichstag gegeben worden ist.

Die Gründe für den Ausschluß sind so fadenfäheinstig und durchsichtig wie nur selten. Die Kollegen müssen auch diesmal sich darüber klar sein, daß es bei dem Ausschluß von Jendrosch nicht bleiben wird. Gegen die Spalter vom Schlege Scheffel, Blättermann und Kontrowitz gilt es Front zu machen. Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit gegen die Bonzen steht auf der Tagesordnung.

## An unsere Arbeiterkorrespondenten!

Infolge der durch den Brand im Breslauer Elektrizitätswerk verursachten Störungen im Betrieb der "Arbeiter-Zeitung" hat sich das zur Veröffentlichung bestimmte Material stark angehäufl. Die Redaktion sieht sich demzufolge gezwungen, außergewöhnlich starke Kürzungen vorzunehmen und einige Zuschriften der Redaktion wegen nicht abgedruckt. Wir sind überzeugt, daß der Arbeitseifer unserer Arbeiterkorrespondenten darunter nicht leiden wird. In der nächsten Zeit erwarten wir mehr Zuschriften aus den Betrieben über die Vorbereitung der Betriebsräte wahlen.

Die Redaktion.

# Die kommunistische Landtagsfraktion für die niederschlesischen Bergarbeiter

Am Donnerstag begannen im Hauptausschuß des Preussischen Landtags die Beratungen des Berggesetzes. Bei dieser Gelegenheit hat die kommunistische Fraktion wiederum das ganze Eisen der niederschlesischen Bergarbeiterbevölkerung der preussischen sozialdemokratischen Regierung vor Augen geführt.

Gleichzeitig hat sie auch Vorschläge unterbreitet, wie wenigstens die augenblickliche Not gelindert werden kann. Folgender Antrag der Genossen Sobotta, Abel, Schlag und Wolleber: Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung mit aller Schärfe dahin zu wirken, daß

1. die in der Eingabe Nr. 1245 der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes Niederschlesiens geforderte Unterstützung der niederschlesischen Knappschaft zur Gewährung eines Lohnausgleichs unter allen Umständen bewilligt wird;
2. solange die Reichsregierung der Eingabe nicht Rechnung trägt, die preussische Staatsregierung von sich aus die geforderte Unterstützung gewährt.

wurde eingebracht. Bekanntlich hat die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes Niederschlesiens eine Eingabe um Unterstützung an die Reichs- und preussische Landesregierung gerichtet. Die Reichs- und Landesregierung weigern sich, der Eingabe Rechnung zu tragen. Auch die sozialdemokratische Fraktion drückt sich für die Eingabe ihrer eigenen Leute einzutreten. Die kommunistische Fraktion will diesen Herrschaften nochmals Gelegenheit geben, ihre Versprechungen, die sie den Bergarbeitern gegeben haben, einzuhalten oder erneut Verrat zu üben.

Acht Millionen zur Unterstützung der niederschlesischen Bergarbeiter

Angeichts der Tatsache, daß durch die Reichs- und die preussische Regierung den niederschlesischen Grubenarbeitern 11 Millionen zur "Behebung der Not" gegeben wurden, stellen unsere Genossen folgenden Antrag:

Das Staatsministerium wird ersucht, zur Behebung der außerordentlichen Notlage unter den niederschlesischen Bergarbeitern und Bergarbeiterinvaliden einen Betrag von acht Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag soll durch die Kommunisten an die niederschlesischen Bergarbeiter und Bergarbeiterinvaliden als eine besondere Notstandsbeihilfe in Höhe von 200 Mark pro Kopf eines jeden Bergarbeiters, Bergarbeiterinvaliden oder deren Ehefrau und Kinder bis zu einem Betrag von 200 Mark entfällt. Der dann noch übrigbleibende Reibetrag ist so zu verteilen, daß die verheirateten Bergarbeiter pro Kopf eines jeden Familienangehörigen einen weiteren Betrag erhalten. Die Berechnung muß so erfolgen, daß die acht Millionen Mark reiblos zur Verteilung gelangen.

Dies Vorgehen unserer Fraktion im Landtag zeigt, daß nur die Kommunisten zur Linderung der Not wirklich praktisch etwas tun wollen. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß wenn man den Grubenarbeitern Millionen schenkt, und für diese Geld vorhanden ist, auch Geld für die notleidenden Bergarbeiter vorhanden sein muß. Abgemäht ist über diese Anträge noch nicht. Wir werden darüber berichten.

## Schlesische Dachdecker gegen die reformistische Gewerkschaftspolitik

Am 10. Februar fand in Schmiebert eine Bezirksversammlung der Filialen des Zentralverbandes der Dachdecker vom Bezirk Niederschlesien statt. Die Tagesordnung sah vor: Stellungnahme zur Reichslandtagung des Reichstags und zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Zum ersten Punkt gab Kollege Ringe, Landesrat, bekannt, daß der Hauptvorstand trotz Aufforderung vieler Filialen den abschließenden Reichstagsvertrag wieder nicht gekündigt hat. Das habe bei der Versammlung lebhafteste Enttäuschung aus. Kollege Wluka sagte den Anwesenden in längeren Ausführungen aneinander, daß sie von der reformistischen Leitung

auf keinen Fall eine Aufnahme des Kampfes erwarten dürfen. Eine von Ulmauf eingebrachte Entschließung, die sich gegen die vom Hauptvorstand angewandte Politik wendet, fand einstimmige Annahme. Zum zweiten Punkt wurde eine Lohnkommission gewählt und Forderungen an die Innung zum Abschluß eines Tarifvertrages formuliert. Eine schwere Aufgabe für die Lohnkommission, nachdem die Zentralleitung einem Kampfe um Verbesserung des Tarifs aus dem Wege gegangen ist, was den Innungsarbeitern bestimmt ihre arbeiterfeindliche Stellung verstärkt. Beim Punkt Verzicht gab ein Kollege bekannt, daß ihm auf Grund der Sonderfürsorge für Saisonarbeiter die Unterstützung entzogen wurde, weil er ein kleines Häuschen besitzt. Auch hier war es der Opposition möglich, die Kollegen zu überzeugen, daß die Politik der reformistischen Gewerkschaftsleitungen zur Katastrophe für die Arbeiterklasse führt.

## SPD.-Betriebsräte taugen nichts!

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Ieber den Artikel in unserer Zeitung "Der Grubenkontrolleur" und die Reichsbeschlüsse" schreibt die "Lügenwacht", wie immer, daß er eine Beschimpfung eines alten Kumpels sei, "der sich für die Sicherheit seiner Kameraden einsetzt". Ein großes Buch konnte man schreiben über dieses "Interesse an der Sicherheit". Einmal kam er vor einem Ort in der 11. Abteilung, da beschwerten sich die Kollegen, daß die Abortkübel dauernd übervoil seien usw. Da gab Hanke zur Antwort: "Leute, das habe ich nicht gemacht und der Assessor auch nicht." Im November hatten die Schleppler der 11. Abteilung pro Schicht 1,50 Mark weniger als der Haue. Als sich die Schleppler beim Betriebsrat Hartwig beschwerten, wurden sie, ohne etwas zu unternehmen, zurückgewiesen. Ein paar gingen an den Betriebsratsvorsitzenden Hanke heran. Dieser erklärte: "Morgen könnt ihr, aber ihr könnt damit rechnen, daß euch der Steiger in Nachtlicht schickt, und ihr habt dann noch weniger." Und da schreibt dieses SPD.-Arbeitsblatt noch von "Interesse an der Sicherheit". Wenn Hanke in eine Abteilung fuhr, kam er meistens mit dem Abteilungssteiger, damit die Kollegen eingeschüchtert werden, weil sie keine Beschwerden in Gegenwart des Steigers machen wollten. Als "besonders tüchtiger Arbeitervertreter"

**Unter keinen Umständen** darf der Betriebsrat, der die Interessen der Gesamtheit zu vertreten hat,

**hinter verschlossenen Türen** von Gewerkschaftsbüros aufgestellt werden. Die Aufstellung und Wahl der Betriebsräte hat zu erfolgen **vor dem Forum der Belegschaft!**

teilt sich auch der Betriebsrat Prause von der 10. Abteilung. Was in der Abteilung vor sich geht, ist dem Herrn gleich. Er versteht es besonders gut, den Mantel gegen den Wind zu halten. Dafür ist er auch beim Senftschacht 19 als Ausseher. Die Kollegen, die an den Lohntagen für Prause noch etwas zum besten gehen, sind zu bedauern. Als ihm ein Kollege sagte, daß er als Betriebsrat überhaupt kein Interesse zeige, gab Prause zur Antwort: "Das ist nicht so leicht, wie du denkst. Komm mal mit zum Obersteiger, wenn ich eine Beschwerde habe, da krieg ich zur Antwort: 'Na, Prause, Sie sind doch alt genug, was wollen Sie denn eigentlich noch?' Da steht du da und du kannst nicht sagen."

Kollegen, so sehen die SPD.-Betriebsräte aus! Jetzt ist Wiederwahl. Wählt revolutionäre Betriebsräte!

## Arbeitssport

Sparta I — Trebnitz I 1:4

Trotz vorheriger Ablage erschien Trebnitz zum Rückspiel bei Sparta. Diese konnten unter diesen Umständen nur eine erlaggeschwächte Mannschaft stellen. Vom Unstich weg ist Sparta überlegen, kann aber Erfolge nicht erzielen. Trebnitz dagegen gelingt es, im Anschluß an einen Durchbruch das erste Tor zu schießen, dem Sparta jedoch vor Halbzeit durch Umschau das Ausgleichstor entgegensetzt. Nach Wechsel zunächst offenes Spiel. Allmählich drängt Sparta. Erfolge blühen nicht. Trebnitz hat die Schwäche bald überwunden und schafft bis Schluß drei weitere Tore. Trotz des hohen Schnees brachte das Spiel spannende Momente. Der Schiedsrichter war gut. Vorher spielten die 2. Mannschaften 3:2 für Sparta.

Weitere Resultate:

Sparta I — Hundsfeld I 6:1

Sparta II — Hundsfeld II 6:3

**Freie Turnerschaft Breslau.** 2. Männer-Abteilung. Am Dienstag, dem 19. Februar, wird unser Übungsbetrieb in vollem Umfange wieder aufgenommen. Die Meldung zur Kreisliga muß sofort abgegeben werden. Karten zum Walzerabend sind beim Genossen Fuchs abzurechnen.

**Arbeiter-Athleten-Bund.** Alle Kreisvereine, welche gemittelt sind, Freundschaftskämpfe im Ringen und Fechten mit guten auswärtigen Clubvereinen auszutragen, melden sich umgehend beim Bundesgenossen Willi Wiktner, Breslau 10, Große Dreikönigstraße 28. Die Kämpfe werden für 1929 und 1930 vereinbart. Der erste Kampf findet schon Oftern 1929 statt. Näheres durch obige Adresse.

**Achtung, Fußballübungsklasse!** Unser Hallentraining fällt am 20. und 27. Februar aus. Der nächste Übungabend ist am 6. März. Alles hat zu erscheinen.

**Freie Turnerschaft Breslau.** Abteilung-Spiel- und Sportleiter. Die Sitzung findet Freitag, den 22. Februar, um 20 Uhr im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses statt.

**Theßen, Resolutionen und Statuten der kommunistischen Internationale.** Angenommen auf dem 6. Weltkongress. Protokoll Bd. IV, 240. Seiten. Preis broschiert 2 Mk., gebunden 3 Mk. R. Lenjener über die rechte Gefahr in der Komintern. Der Angelpunkt der innerparteilichen Beschlüsse des 6. Kongresses bildet zweifellos die These, daß die Hauptgefahr in der Komintern die rechte, opportunistische Gefahr darstellt. Die rechte Gefahr ist nicht eine vorübergehende Erscheinung. Vielmehr wird der Kampf gegen sie rechten, opportunistischen Abweichungen, ebenso wie fernerzeit auch der Kampf gegen die trotzkistische Abweichung im Mittelpunkt eines ganzen geschichtlichen Zeitabschnittes stehen. Die kommunistische Partei, in der sich der schärfste Kampf zwischen den bolschewistischen Rabern und den rechten opportunistischen Elementen abspielt, ist ohne Zweifel die deutsche. Je mehr Aufmerksamkeit die Partei dem Ideologien und dem politischen Kampfe mit dem Brandlerianertum widmen wird, je breiter und klarer vor den gesamten Massen der Partei die politischen Grundthesen mit dem Brandlerianertum dargelegt werden, um so schneller wird es der SPD. gelingen, die opportunistische Gefahr zu überwinden.

Die vorliegende Gefahr gibt eine gründliche Analyse dieser rechten Abweichung und gehört in die Hand jedes aktiven Parteimitgliedes. 55. Seiten. Preis 40 Pfennig.

Ein Stadtteil drei Tage ohne Licht und Strom

Sollen die städtischen Werke nur Milchkuhe sein?

Der liebe Gott zahlt Stempelgeld

Am Sonnabendfrüh wurde der Erwerbslose W. von der Polizei verhaftet. Er sollte an einem Geldschrankbruch beteiligt gewesen sein...

Warme Stuben für Breslauer Schulkinder

Während der Kälteferien der Schulen können alle Eltern, die keine warme Stube haben oder außerhäuslich erwerbstätig sind, ihre schulpflichtigen Kinder in folgenden Kinderhorten und Lesestuben des Verbandes für Schulkinderpflege unterbringen...

Ein Warmbad wieder geöffnet

Im städtischen Warmbad II am Berliner Platz 7 ist der Betrieb wieder aufgenommen worden, weil dort ein Kessel mit Kohle beheizt werden kann...

Stadtverordnetenfraktion. Mittwoch um 18 Uhr Sitzung der Stadtverordnetenfraktion Feldstraße 50 (Sekretariat). Pünktlich erscheinen!

In das Vollzeigefängnis eingeliefert wurden in der Woche vom 10. bis 16. 2. 1929 64 Personen, darunter wegen Einbruchsdiebstahls 14, einfachen Diebstahls (Fahrabdiebstahls, Taschendiebstahls, Radendiebstahls) 11, Betruges 6, Beleidigung 1, Unterschlagung 3, Urkundenfälschung 4, Hehlerei 1, Stillschleppens 2, Vergehens 1, groben Unfalls 8, Bedrohliche Gesinnung 7, „Schußhaft“ 13.

Breslauer Volkstheater. Zu dem 17. Kammerkonzert, das das Musikalische Institut der Universität unter Leitung von Professor Dr. Max Schneider am Dienstag, dem 19. d. M., im Musikaal der Universität veranstaltet und bei dem unter Mitwirkung von Alice Ehlers-Berlin (Cembalo) und Franz Schäfer (Violine) u. a. Werke von Bach, Händel, Haydn und Rameau zur Aufführung gelangen...

Schwere Kesselexplosion. In der Konditorei Hermann Hilbig, Albrechtstraße 48/49, platzte ein Wasserkessel. Eine Köchin erlitt schwere Verdrückungen. Ein Passant wurde durch die Splitter der eingedrückt Schaufelstange verletzt.

Brand in der Villa Prof. Rosen. Sonntag gegen 4 Uhr mußte die Feuerwehr nach Breslau-Bischhofswalde ausrücken. Dasselbst war Schillstraße 8 (Professor-Rosen-Villa) durch Unvorsichtigkeit beim Ausräumen eines Wasserreservoirs die Doppelverlebung des Reservoirs, Bodenverfälschung und die Dachkonstruktion in Brand geraten.

Von der Straßenbahn. Da die Witterung wieder wärmer und die Stromlieferung ebenfalls eine günstigere geworden ist, wird der Straßenbahnbetrieb von Dienstag, den 19. d. M., ab wieder auf das normale Maß gebracht.

Lobe-Theater

„Der blaue Vogel.“ Man ist erlaucht, wenn man hört, daß von dieser Kabarett-Truppe russischer Emigranten einmal starke Impulse ausgegangen sein sollen, daß man in ihr einmal eine Hoffnung für die Belebung des wetteuropäischen Kabarett sah...

Als am Freitagvormittag infolge des Brandes in den städtischen Elektrizitätswerken am Scheibenberg Licht und Strom verfiel, hätten auch die ärgsten Bestimmungen es nicht für möglich gehalten, daß der Stadtteil Odetor drei Tage unter diesen Störungen leben würde...

daß der gesamte Stadtteil Odetor drei Tage ohne Licht und Kraft war.

Hier wird eine gründliche Untersuchung notwendig sein, um sowohl die Ursachen des Brandes, als auch die langsame Wiederinbetriebsetzung des Werkes aufzuklären.

Wenn darauf hingewiesen wird, daß der Ausbruch des Brandes nicht sofort gemeldet wurde, weil Arbeiter beim Frühstück waren, so ist das keine Entschuldigung, sondern eine Anklage.

Dieser vollkommen auf Dekorativ gestellte Bühnenbetrieb ist eine Angelegenheit von vorgestern. Mag er auch für ästhetisierende Nachtstücke noch gewisse Reize haben...

Breslauer Volkstheater

Klappstich und Gardine. Für das unter diesem Titel am 2. März in sämtlichen Sälen des Konzerthauses stattfindende Kostümfest, dessen Reinertrag den Wohlfahrtskassen der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger und dem Ausbau der Kulturarbeit der Volkstheater zugute kommen soll...

Mittelbühne. Die Dame in Schwarz. Ein Kriminalfilm mit Liane Heib. Drei raffinierte Gauner versuchen eine emigrierte russische Fürstin um ihr Vermögen, das ihr Vater bei einer ausländischen Bank deponiert hatte, zu prellen.

Mittelschlesien

Oels. Unhaltbare Zustände. Wie literarische Familien behandelt werden, zeigen zwei haarsträubende Vorfälle in den letzten acht Tagen. Am 28. 1. wurde eine Familie, welche sich gegen die tyrannisierende Behandlung des Hauswirts R. auflehnte, ermittelt.

Der zweite Fall spielte sich am 4. Februar ab. Eine sechsköpfige Familie wurde, weil sie wegen Unzufriedenheit ihrer Wohnung die Mietnichten zahlen wollte, ermittelt. Hier schritt die Polizei alsbald ein und veranlaßte, daß die Leute in ihrer alten Wohnung bleiben können...

Streitigkeiten. Schon wieder hat eine schlesische Schokoladenfabrik die Zahlungen eingestellt. Diesmal handelt es sich um die Schokoladenfabrik L. & B. Inhaber Ernst Finster, in Streiten. Es soll mehr als eine halbe Million Passiven vorhanden sein.

bet der UEG. in Auftrag ist, und bei Zwischenfällen sofort in Aktion treten soll. Warum wird der Brunnen erst zugeschüttet, wenn das Kind ins Wasser gefallen ist?

Zu scharfer Kritik fordert auch das Verhalten der Nachrichtenleitung des Elektrizitätswerkes heraus. Am Freitag versicherte diese Stelle, daß spätestens am Nachmittage um 3 Uhr die Straßenbahn wieder in Gang sein wird.

Wir fragen: In welcher anderen Stadt ist es möglich, daß ein ganzer Stadtteil drei Tage ohne Licht und Kraft ist? Hier ist etwas faul in der Elektrizitätsversorgung.

Durch allerlei Machinationen erreichte man tatsächlich, daß eine neue Generalversammlung den Gesamtvorstand neu wählen sollte. Der Anrufung des Gauleiters, die Mitglieder selbst einzuladen, gab die Versammlung statt, um einen recht zahlreichen Besuch zu erzielen.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde der Angestellte der Zahlstelle Breslau, Karl Goldschmidt, wegen seines Verhaltens den Kameraden der Provinz gegenüber gerügt. Nach Erledigung von Anfragen konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen. Streiten. Dienstag 19 Uhr Mitgliederversammlung bei Wende. Bericht vom 6. Weltkongress. Mitgliederbücher mitbringen. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.
Kommunistischer Jugendverband. Breslau. Gruppe Süd (Rentn.). Mittwoch 20 Uhr öffentlicher Gruppenabend in der „Stadt Wien“, Wallgasse 20.
Jung-Partialis-Bund. Breslau. Gruppe West (West). Heimabend Dienstag fällt aus!
Hotel Frontkämpfer-Bund. Breslau. 2. Dienstag 19 Uhr Antreten Laurentiusplatz nach dem Schießwettbewerb.
Sonstige Organisationen. Breslau. Neue Hilfe Nord. Mittwoch 20 Uhr bei Blüthgen, Wallgasse 146.
Gefangener „Geg.“. Mittwoch Gemischter Chor.
Freiburg. Metallarbeiter-Jugend. Dienstag 19.30 Uhr im „Bühner“ in Bolschitz Jugendversammlung.
(Eschluß des redaktionellen Teils.)

Gratis einen Füllfederhalter oder eine Kalliflora-Zahnpasta erhält man, wenn man die leeren Kartons der Kalliflora-Zahnpasta sammelt. Für 20 große gibt es einen Garantie-Füllfederhalter...

# Waldenburger Bergland

## Mit dem Hakenhieb

Wie war es kalt geworden! Ueber dreißig Grad Kälte, das haben wir noch nicht erlebt. Wo man hinsah, überall rote Nasen, weiß und dunkelrot gefärbte Gesichter, erstorene Ohren und Finger.

Bis zwanzig Patienten waren bei manchem Arzt in der Sprechstunde mit erstorenen Gliedern. Alles litt unter dieser ungewöhnlichen Kälte, außer denen, welche in mögliche Weise gewickelt waren. Die armen Witwen, Invaliden und Erwerbslosen sind außerstande, die teure Kohle zu kaufen. In düsterer Kleidung sind sie verurteilt, in der Stube zu erfrieren. Nicht selten kommt es in leuchtgebauten Siedlungskolonnen vor, daß Kleidungsstücke im Schrank vollkommen mit Reif bedeckt war. Das Wasser in der Klosetts mit Spülung war zugefroren. Na, ich danke. — Versucht wenig Dank verdient sich die Elektrizitäts-Gesellschaft Waldenburg. Wer da wegen Platzmangel im Triebwagen der Straßenbahn gezwungen war, im Anhängler Platz zu suchen (was jetzt nicht schwer fällt), wird die Gesellschaft in alle Abgründe verdammen. An jeder Haltestelle mühte der am Ziel angelangte und inzwischen angefrorene Fahrgast durch ein kräftiges „Good Bye!“ von seinem Sitzplatz befreit werden. Der Schaffner, der verdammt ist, von früh bis nachmittags im Anhängler Dienst zu tun, wurde steifgefroren zum Dienstsitz vom Wagen heruntergehoben. Die Schaffner verdienen das ungeteilte Mitleid aller „warm“fühlenden, mitleidigen Menschen. Und alles nur deshalb, weil es der Elektrizitätsgesellschaft Waldenburg noch nicht dazu gelang hat, Heizkörper in den Anhängern anzubringen. Also, verehrte Gesellschaft: Nehmen Sie mehr Rücksicht auf die Fahrgäste und das Personal bei dieser Hundstille!

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes wehrt sich, aber nicht etwa gegen die immer frecher werdenden Unternehmer, sondern gegen diejenigen, welche gewillt sind, den Grubenkönigen aus Leder zu rüden. W.A.S.-Funktionäre, welche Entscheidungen zur Bildung von Kampfleitungen bei Streiks annehmen, werden ihrer Posten enthoben. Verbandskollegen, welche sich in Kampfleitungen wählen lassen, werden ausgeschlossen. Während die Unternehmer dem W.A.S. Dank wissen für diese Drohung, werden die Kollegen sich nicht zurückhalten lassen, die Gewerkschaften zu revolutionieren.

Begen Wohnzusaß durch den Streik im Oktober waren viele Mieter berechtigt, Hauszinssteuerfindung zu beantragen. Die Anträge werden auf dem Katastramt Waldenburg geprüft und entweder bekräftigt oder abgelehnt. Daß nun aber Anträge, welche bereits am 10. November 1928 gestellt wurden, bis heute, also nach einem Vierteljahr, noch nicht bestätigt sind, ist verwunderlich. Das Katastramt sollte sich beeifigen, die Anträge etwas schneller zu bearbeiten, da die Kumpels auf das Geld warten. Also bitte.

In Plennhammer gab es zwischen einem SPD. und einem KPD.-Genossen folgendes Zwiegespräch: Der D.P.S. (Deutscher Panzerkreuzer-Sozialist) zum Kommunisten: „Na, Kollege KPD., wirst du jetzt auch zur SPD. kommen?“ Antwort: „Zu einer Partei, deren Genosse Koske 22 Räume zum Wohnen besitzt, während manche Proleten keine Wohnung haben, kann ich mich nicht entschließen.“ Ein hinzukommender „Bergarbeiter“ erklärte dem KPD.-Genossen: „Du gehst irgendwie nicht zur SPD.“ Antwort: „Manu, warum denn nicht?“ D.P.S.: „Weil du Kommunalarbeiter bist, gehörst du zur SPD.“ — „Also deshalb, du Hirtverbrannter Anhänger der Margarinepartei? Du verlangst womöglich noch, daß auch die Invaliden, welche durch die SPD.-Machtheit in Plennhammer mit Wassersteuer bebacht wurden, zur SPD. kommen. Hast halt was gelernt vom Bau des „Bergwacht“-gebäudes, wo die Maurer ebenfalls gezwungen wurden, der SPD. beizutreten, anderenfalls mit Entlassung gedroht wurde.“ Jason.

Anfrage an Herrn Gemeindevorsteher Damele, Konradswaldau. Durch das Absterben der Witfrau Leisner wurde Mitte Januar die von ihr bewohnte Stube frei. Warum fanden Sie es bis jetzt noch nicht für notwendig, der Wohnungskommission die Stube zur Verteilung zu melden, zumal Sie als Gemeindevorsteher über die Zahl der Wohnungsuchenden orientiert sein dürften? Wie lange soll die Wohnungskommission noch warten, Herr Hausbesitzer Damele?

Beim Rangieren verunglückte auf dem Ober-Waldenburger Bahnhof der Rangierer Alfred Zehner, indem er infolge des hohen Schnees vom Trittbrett eines Güterwagens gerissen wurde und sich schwere Verletzungen am Bein zuzog. Dem Umstand, daß Z. das Bein aus dem Stiefel ziehen konnte, ist es zu verdanken, daß ihm das Bein nicht zermalmt wurde. Z. mußte nach Hause transportiert werden. — Die wenigen nach dem Abbau übriggebliebenen Stammarbeiter sind eben außerstande, die notwendige Beseitigung des Schnees vom Bahnhof zu bewerkstelligen.

Rechtsein. In der Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes beantragte der Reformist Härtel den Ausschluß des Kameraden Biemwald, da er nicht mehr im Bergbau tätig sei. Der Antrag wurde mit höflichster Zurückweisung, schon deshalb, weil die Angestellten des Verbandes ebenfalls nicht mehr im Bergbau tätig sind, und auch der Referent Biemwald, der in der Versammlung einen Vortrag über das Erwerbslosengesetz hielt, nicht Bergmann, sondern 2. Direktor am Arbeitsamt ist.

— 5 Mark für die Rote Hilfe hat ein Einwohner von Weißstein gespendet. Der Spender will ungenannt bleiben.

## Oberes Revier

Langwäldersdorf. „Es geht es nicht weiter.“ sprach der „Retter“ Hinderburg, und versprach Hilfe. Diese hat. in Gestalt von Kränzen Nr. 42 und Kinderschuh, bei denen die Reparatur mehr kostet, als die Schuhe selbst. Die „Hilfe“ wird dadurch weiter ausgebaut, daß man die Erwerbslosen in unserer Gemeinde auffordert, Angaben über ihren Besitz an Hütern, Gänsen, Schweinen und Kühen zu machen. Nur nach den Schulden fragt man die Erwerbslosen nicht.

Der Invalidenverband hielt am vergangenen Sonntagabend eine Mitgliederversammlung ab. Man beschäftigte sich mit Ergänzungswahlen und der Wahl eines Delegierten zur Kreisversammlung. Auf Vorschlag des Genossen Künze wurde der Beschluß gefaßt, den Kreisversammlungsdelegierten jeweils in der Mitgliederversammlung zu wählen.

## Königszeit

Der Werbung eines Sozialdemokraten. Gibt es da in Königszeit einen Sozialdemokraten namens Max Scheer. Als er nach einer längeren Tätigkeit im Konsum gegangen wurde, drohte er, zu den Reichsparteien überzutreten, wenn man ihn hoffbar machen würde. Doch er ist noch heute sozialdemokratischer Gemeindevorsteher, Schöffe und Kreisratsdeputierter. Zugleich ist er Krämer und Milchhändler. 1918 predigte er die Sozialisierung und machte bereits Kapitalen, die Königszeitler Vorzellanfabrik zu sozialisieren. Heute — hat der Milchpreis für ihn vor Weihnachten noch einigen Schwantzen 28 Pfennig pro Liter erreicht. Doch das Unglück schreitet schnell. Es kam ein Buchhändler Wollerepächter und verkaufte die Milch mit 24 und dann sogar mit 23 Pfennig.

ung. Jähnelreißend war der „Sozialist“ Schreer gezwungen, von 28 auf 20, und später auch auf 24 Pfennig herunterzugehen. Dann reuten ihn die Pfennige, er ging zu dem Buchhändler Wollerepächter und versuchte ihn zu veranlassen, den Milchpreis herauszusehen, damit er, Schreer, nicht den letzten Kunden verliere. Schlagfertig fragte ihn der Buchhändler, ob der Vorschlag, den Milchpreis herauszusehen, sich mit den sozialistischen Grundfragen vereinbaren lasse. Wir gratulieren der SPD!

## Landeshut

Und wieder das Arbeitsamt Waldenburg. Seit Übernahme des Arbeitsamtes Waldenburg in die Reichsanstalt und Eingliederung in das Arbeitsamt Waldenburg brechen die Klagen der zur Kurzarbeiterunterstützung berechtigten Arbeiter nicht ab, weil die Zuweisung durch Waldenburg alles andere als die eines geregelten Betriebes zu betrachten ist. So ist es Tatsache, daß einzelne Abteilungen der Schließigen Textilwerke heute, nach einem Monat, auf die paar Pfennige warten müssen. Die Firma erklärt, alles getan zu haben, um den Arbeitern ihre ihnen zustehende Unterstützung zu sichern. Also kann nur die Schuld an dem mangelnden guten Willen der Leiter des Arbeitsamtes in Waldenburg liegen. Es erweckt den Anschein, als glaube man in Waldenburg, den Arbeitern des Kreises Landeshut infolge der weiten Entfernung alles bieten zu können.

Liebau. Auch ein Hausbesitzer. Hausbesitzer sind meistens wohlhabende Menschen religiösen und patriotischen Einschlags mit Hauspächtern. In Liebau haben wir aber einen seltenen Fall von Hausbesitzer, der ein Objekt von vielen Tausenden nach seiner Meinung sein eigen nennt, sich aber von den Mietern ernähren läßt, welche alle Proletarier sind. Seitdem aber die Mieter diese stolze Erscheinung nicht mehr als Hausbesitzer anerkennen, und die Miete an eine amtliche Stelle abführen, versucht er beständig zu werden. Er streift jetzt mit einer „Dame“ bei Mondenschein im Gelände herum und spielt den agent provocateur. Nebenbei aber wird er nicht gewahrt, daß sein Lohn in Form des Verschulden im eigenen Morast nicht ausbleiben wird.

— K.F.W. Nachrichten. Achtung, der nächste Kameradschaftsbund findet als Lichtbilderabend statt.

— K.F.W. Nachrichten. Der Literaturumsatz 1928 betrug am Orte 1100 Mark. In der Weihnachtswoche wurde für 100 Mark

## Lauban

Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen. Die Erwerbslosen stellen an den Magistrat folgenden Dringlichkeitsantrag zur sofortigen Erledigung:

1. Bewilligung von drei Zentnern Stiefeln und einem Viertelmeter Brennholz für sämtliche Erwerbslose.
2. Gewährung von Lebensmittelpflichtschulden — im Werte von 1,50 Mark — an alle Hauptunterstützungsempfänger.
3. Ausreichende Mietbeihilfen für alle Erwerbslosen.
4. Niederschlagung sämtlicher rückständiger Mieten.
5. Niederschlagung sämtlicher Wohnfahrtsunterstützungen, so daß diese in Zukunft nicht mehr vom späteren Arbeitsverdienst abgezogen werden können.

Der Erwerbslosenaussschuß wurde vom Ersten Bürgermeister nicht zur mündlichen Verhandlung empfangen, nur dem kommunistischen Stadtverordneten Wenzel war es möglich, den Antrag, schriftlich formuliert, dem Bürgermeister zu übergeben. Nach dem Bescheid wird der Antrag zur nächsten Magistratsitzung kommen, und dann der nächsten Stadtverordnetenversammlung, die erst im März stattfindet überwiesen werden.

Erwerbslose, heraus zum Protest gegen eine derartige Verschleppung eurer Anträge! Man wird euch ebenfalls wieder in der Stadtverordnetenversammlung die notwendige Feuerung ablehnen mit der Begründung, daß die strenge Kälte ja vorüber wäre und es jetzt auf den Sommer zugehe. Erwerbslose, fordert deshalb die sofortige Bereitstellung von Feuerung! Fordert eine sofortige außerordentliche Stadtverordnetenversammlung, damit eure Anträge sofort erledigt werden.

## Hagnau

Revision im Polizei-Prozess. Wie wir erfahren, ist im Prozess gegen die Hagnauer Polizeibeamten, soweit nicht Freisprüche erfolgt sind, gegen das Urteil beim Straßenrat des Oberlandesgerichts Breslau Revision eingeleitet worden. Das milde Urteil hat unter der Arbeiterschaft große Entrüstung ausgelöst und wird als ein Klassenurteil bezeichnet. Bekanntlich erhielten die mißhandelten Bauarbeiter (Zimmerer und Beamtenarbeiter) je bis sechs Monate Gefängnis.

Folgen des starken Frostes. Infolge des außergewöhnlich starken Frostes war dieser Tage die Hauptleitung der Hochdruckleitung der Wasserleitung an einigen Stellen eingetroren, so daß die Stadt ohne Wasserversorgung war. Die schadhafte Stelle wurde bald ermittelt und die Aufstaurarbeiten eingeleitet. Sollte der Frost noch länger anhalten, so besteht die Gefahr, daß die Stadt ohne jegliches Wasser ist. Nur ein sehr geringer Teil besitzt einen Anschluß des Nischelsdorfer Wassers.

## Bunzlau

Überfischerben. Durch ein anonymes Schreiben an das Finanzamt ist bekannt geworden, daß das Reichsamt sich eigenartig um die Erwerbslosen bewirbt. Für seinen Maximalfall am 19. Januar sind ihm vom städtischen Steuerrat für den Eintritt auf der Galerie die Steuern entlassen worden, damit auch Erwerbslose einige frohe Stunden erleben können. Diese echt republikanische Organisation machte sich das zumute und nimmt statt der erlaubten 10 Pf. lieber 30 Pf. Eintritt, weil halt das Geschäft bei zirka 300 Zuschauern ein besseres ist. Wie lange das städtische Steueramt diesen Gaunereien „nachforschen“ (?) wird, ist hier wohl eine berechnete Frage! Ja, diese Schühengarde versteht das Geschäft!

Welch guten Lehrmeister die Republikaner haben, zeigt folgender Fall. Seit ungefähr einem Vierteljahr ist bekannt, daß bei der Gewerkschaft der Metallarbeiter 500 Mark in der Vorkasse fehlen. Schnell war ein Sündenbock gefunden in der Person des Appianleins. Aber die Kleine wurde nicht entlassen, wie das sonst üblich ist, sondern soll angeblich durch Arbeiten den Betrag ersetzen. Das Sonderbar aber ist, daß das Fräulein die Unterhaltungslengnet. Wenn die Wände des „Reichshaus“ reben könnten, läme gemäß die Wahrheit heraus! Vielleicht auch noch über andere Dinge.

Nach zehnjährigem Bestehen der Republik erinnert man sich in Bunzlau endlich daran, daß in unserer Straße auch ein ein

Literatur umzuecht. Bucher aller Art können zu jeder Zeit beim Vertzeiter, Genossen Burghard, gekauft oder bestellt werden zu den günstigsten Zahlungsbedingungen.

## Freiburg

Ist das Kind nun erfroren? Vor einigen Tagen veröffentlichen wir einen Artikel über das „Paradies“ in den Voraden. Unter anderem wurde in diesem Artikel das Erfrieren eines Kindes gemeldet. Die bürgerliche Presse beachtet sich, zu „berichtigen“. In dem „Freiburger Voten“ konnte man folgende Notiz lesen:

„Die Gerüchte, daß in den städtischen Voraden am Liebichaner Wege ein Kind erfroren sei, bestätigten sich nicht. Wie die amtlichen Ermittlungen ergaben, handelt es sich um den Todesfall eines Kindes in der Familie Freiliche infolge Gehirnkämpfen. Das Kind litt seit längerer Zeit an Zahnkrämpfen, zu denen, wahrscheinlich infolge ungenügender Erwärmung, Gehirnkämpfe traten.“

Wir fragen: Ist „Erfrieren“ und „ungenügende Erwärmung“ nicht ein und dasselbe? Man erfriert doch nur dann, wenn man ungenügend erwärmt ist.

In einer Erwerbslosenversammlung Mitte vergangener Woche berichtete der Ausschüß über seine Tätigkeit. Der Ausschüß legt sich aus nur gewerkschaftlich organisierten Kollegen zusammen. An Forderungen wurden erhoben: Die Stadt soll die 15 Mark Restlyt von der letzten Versammlung bezahlen, das Arbeitsamt soll das Stempeln auf einmal wöchentlich herabssetzen, und die Ausgesteuerten sollen alle acht Tage Geld bekommen. Die geforderte Wirtschaftsbefehilfe soll 12 Mark, und 3 Mark für das Kind und die Frau betragen. Alle Erwerbslosen und Ausgesteuerten erhalten pro Haushalt zwei Zentner Kohle. Die Sprechstunden des Ausschusses finden am Montag- und Donnerstag von 13 bis 15 Uhr statt.

## Jauer

Uebergriffe des Magistrats. In der ehemaligen Kaserne des 2. Bataillons 164 wohnt u. a. ein Roter Frontkämpfer. In seiner Wohnung werden ab und zu Uebungsstunden des Bläserchors abgehalten. Prompt ließ sich ein Verbot des Magistrats ein, die Uebungen abzuhalten, widrigenfalls mit der Exzmission gedroht wurde. Zu diesem Vorgehen ist der Magistrat keinesfalls berechtigt. Es ist anzunehmen, daß die Drohung mit der Ermittlung lediglich auf eine Anzeige reaktionärer Elemente zurückzuführen ist, da die Bewohner der Mietkasernen Proleten sind, die gegen die Uebungen nichts einzuwenden haben.

# Niederschlesien

„großen“ Revolution vergessen wurde, nämlich der Fürst zu Solms auf Ritschdorf, Busenfreund Wilhelms, des Holländers, und Besitzer von rund 100 000 Morgen.

Bezeichnend für unsere Demokratie ist, daß die schwerbedrückte Bevölkerung an die Untersuchungskommission ängstlich jede Namensnennung in der Öffentlichkeit fürchtet. Auch der außerordentliche Freitag am 21. Februar wird der wertvollen Bevölkerung dieser Hebbödrer nicht die endgültige Befreiung von diesem wirtschaftlichen Druck bringen, sondern erst die Befreiende Tat nach dem Vorbild der russischen Revolution.

Vom Zuge tödlich überfahren. Bei der Freilegung einer vereisten Gießstiege wurde der Streckenwärter Reich aus Dobrau von einem Zuge erfaßt. Er wurde so unglücklich zur Seite geschleudert, daß er Arm- und Rippenbrüche sowie andere schwere innere Verletzungen erlitt. Man fand ihn erstarrt und bewußtlos auf. Im Krankenhaus ist er seinen Verletzungen erlegen.

## Liegnitz

Liegnitz teilweise ohne Wasser. Die Wassernot wird durch die Kälte jetzt erst richtig spürbar. Ganze Straßenzüge sind ohne Wasser. Die Brunnen werden wieder viel besucht.

Im Klosett erschossen hat sich Regierungssekretär Hoffmann, Goldberger Straße 125. Er war Kriegsverwundeter und hatte ein unheilbares Leiden.

Die Vorführung der „Roten Raketen“ war trotz der strengen Kälte sehr gut besucht. Die Aufführung der Spieltruppe gestiel gut. Davon zeugte der starke Beifall der Zuschauer. Wir hoffen, daß die Propaganda der Truppe für den Roten Frontkämpferbund sich auswirkt, indem viele den Weg in den K.F.W. und die kommunistische Partei finden.

Achtung! Mittwoch, den 20. Februar, abends 7,30 Uhr, erscheinen alle Parteigenossen pünktlich im „Reichsadler“, Nikolaistraße, kleines Zimmer. Zweiter Abend der Besichtigungsstatue über den 6. Weltkrieg (Kampf gegen die imperialistische Kriegsfahrt) und unsere Organisationsaufgaben. Referent Dombrowski.

## Glogau

Mühlenbrand in Jarkau. Am Sonnabendmorgen, gegen 7 Uhr, brach in der Bandmühle Liegert in Jarkau erneut Feuer aus. Wiederum liegt böswillige Brandstiftung vor, und es ist wieder nur der Aufmerksamkeit von Passanten zu verdanken, daß das Feuer rechtzeitig bemerkt wurde und nicht die ganze Mühle in die Luft flog. Der Brandstifter ist von außen über eine Leiter in das Mühlengebäude gelangt. Der Oberstaatsanwalt und Beamte der Landeskriminalpolizei haben sich sofort an den Tatort begeben. Die Mühle hat seit längerer Zeit mit schweren wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen. Sie soll auf Betreiben der Gläubiger am 16. April vor dem Glogauer Amtsgericht zwangsweise versteigert werden. Das Mühlenwerk ist bei acht Gesellschaften mit rund 600 000 Mark versichert. Die aus drei Köpfen bestehende Familie des Mühlenbesitzers Diether wurde unter dem Verdacht der Brandstiftung festgenommen. Sie wurden sofort vor dem Amtsgericht vernommen.

## Weißer Zähne

manches jedes Antitz ansprechend und schön. Oft schon durch einmaliges Benutzen der herrlich wirkenden schmelzenden Chlorodont-Zahnpaste ergaben Sie einen wunderbaren Offenbeinungs der Zähne, auch frisches Chlorodont-Zahnpulver Benutzung der dafür eigens konstanten Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden reflexion damit beilegt. Verwenden Sie es zunächst Chlorodont-Zahnpaste für Kinder 70 Pf., für Damen 1.25 M., weiße Zähne für Herren 1.25 M. (harte Porzellan). Nur echt in blau-weißer Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. In allen

# Oberschlesien

## Arbeitsamtsdirektor Rarher droht Metallarbeiter geht ihnen die Antwort

Herr Rarher, gutbezahltes Mitglied der SPD und ehedem Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, hat zur Belohnung treuer Dienste den noch besser bezahlten Posten eines Arbeitsamts-Direktors erhalten. Er hat, vom Standpunkt der Unternehmer aus gesehen, sich diesen Posten redlich verdient. Die Löhne der ober-schlesischen Metallarbeiter sind hundertmal niedriger als die des Ruhrgebietes. Die Preise der Erzeugnisse der ober-schlesischen Metallindustrie sind natürlich die gleichen wie die des Ruhrgebietes. Bei den niedrigen Löhnen ergibt sich da für die ober-schlesischen Industriellen Donnerstunde, Schaff-geld usw. ein netter Extraprofit, herausgeschunden aus dem FleiB der ober-schlesischen Metallarbeiter.

Was das mit dem Herrn Arbeitsamts-Direktor Rarher zu tun hat?  
Nun, Herr Rarher hat es ausgezeichnet verstanden, als Bezirksleiter des DMB, einen ernsthaften Kampf der Metallarbeiter um bessere Löhne zu verhindern. Das war oftmals nicht allzu schwer. Vor jeder Lohnbewegung ein bloßes „radikal“, verbunden mit kommunistischer Gehe. Am Verhandlungstisch gelebt und beschweben, zu jedem Zugeständnis bereit. Nach der Verhandlung vor den Kollegen im Beistand der ephelischen Ueberzeugung: „Glaubt mir, Kollegen, es war nicht mehr herauszuholen. Ein Streit ist zwecklos, wo nach so viele Arbeiter nicht organisiert sind.“ So war es bei jeder Lohnbewegung.

Bei der Lohnbewegung in diesem Winter wollte Rarher offiziell nur im ersten Teil. Er war sich da allerdings schon seinen neuen Verpflichtungen als Arbeitsamts-Direktor der Unternehmern gegen-über bewußt. Deshalb waren auch die Forderungen der ersten Funktionalistenkonferenz des Verbandes (die Stellung zu der Lohnbewegung nahm, und in der Herr Rarher als „Verbandsfunktionär“ (reiner) weniger „radikal“). Sechs Pfennig Lohnerhöhung und den Achtstundentag. Das vertrat Rarher vor den Funktionalisten. Als Arbeitsamts-Direktor war Herr Rarher natürlich anderer Meinung. Als Sozialdemokrat ist Herr Rarher, und mit ihm der ganze TröB der SPD-Führer, für „Demokratie“, d. h. für die Entscheidung der Arbeiter. Als Arbeitsamts-Direktor ist er, und mit ihm alle, die auf einen Platz an der staatlichen Futterrippe hoffen und für Wirtschaftsdemokratie schwärmen und wer schwärmt von den Rarhers und Sigubers nicht dafür? für die Ausschaltung der Arbeiter und für die Entscheidung durch die Führer, d. h. Verbindlichkeits-erklärung usw. Deshalb dann auch die Bewegungen mit der obligatorischen Kommunistenhege abgemurgt werden.

Die kommunistische Partei hat nun bei der letzten Lohnbewegung die Schanddiaten der Rarher und Co. in einem Flugblatt vor den Metallarbeitern aufgezeigt. Das hat Herrn Rarher nicht gefallen. Wir verstehen das. Er droht mit Klage gegen den Genossen Fendrosch,

der das Flugblatt verantwortl. gezeichnet hat. Wir bezweifeln nicht, daß die bürgerliche Klassenjustiz Herrn Rarher beschleunigen wird, daß er ein „ehrenwerter Arbeiterführer“ ist. Denn die Klassenjustiz und Herr Rarher haben dieselbe Funktion: die Erhaltung dieser kapitalistischen Gesellschaft und die Sicherung des Unternehmerprofits. Und eine Krähe haßt bei andern die Augen nicht aus!

Aber lächerlich ist, wenn Herr Rarher behauptet, daß er mit der letzten Lohnbewegung der Metallarbeiter und ihrem Ausgang nichts zu tun gehabt habe, weil er nicht mehr Angestellter des DMB, sondern Arbeitsamts-Direktor sei. In Wahrheit ist es anders. Herr Rarher will mit-erster Behauptung nur die Tatsache verschleiern, daß die Gewerkschaftsbürokratie immer mehr mit dem Staatsapparat der herrschenden Klasse vermischt, und daß die Funktionalen der Gewerkschaftsbürokratie und die des Staatsapparates immer mehr auf einer Linie zusammenlaufen. Diese Linie ist: Aushaltung der Kämpfe der Arbeiter um bessere Existenzbedingungen. Diese Tatsache kann kein Urteil eines bürgerlichen Gerichts aus der Welt schaffen, selbst wenn es zehnmal feststellen sollte, daß Rarher ein tadelloser Ehrenmann ist. Rarher ist eben wie viele andere SPD- und Gewerkschaftsführer ein lebender Beweis für die Verschmelzung der Gewerkschaftsbürokratie mit der Bürokratie des Staatsapparates. Wie sich diese Verschmelzung auf die Bewegungen der Arbeiter auswirkt, das haben die ober-schlesischen Metallarbeiter am eigenen Leibe erfahren. Sie müssen nach den Bedingungen der Schandbeschleib-sprüche, der ein Lohn auf ihre Forderungen ist, welter zehn, elf, und zwölf Stunden mit einer „Lohnerhöhung“ von 1-4 Pfennig kämpfen. Rarher und Co. finden das in der Ordnung. Aber nicht die Arbeiter. Rarher droht mit dem bürgerlichen Gericht jedem, der das ebenfalls nicht in der Ordnung findet und seine Verräterrolle anspangert. Die Arbeiter aber drohen nicht mit dem bürgerlichen Gericht. Ihr Urteil über Rarher und Co. steht heute schon fest. Es kommt nun darauf an, aus diesem Urteil die Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen sind: Kampf gegen die Rarhers, die den Arbeitern „Wirtschaftsdemokratie“ predigen und sie mit dem Schlichtungssystem und Schlichtungsschwindel für immer in den Fesseln der Lohnknechtel bei Hundselöhnen halten wollen. Schon jetzt bei den kommenden Betriebsräteahlen müssen die Arbeiter eine deutliche Antwort geben:

**Fort mit allen Betriebsräten, die die Rarhers unterstützen!**  
**Wahl von Betriebsräten, die gegen Schlichtungsschwindel, gegen Wirtschaftsdemokratie und gegen Reformismus sind.**  
**Gleichzeitig mit den Betriebsräteahlen: Organisation des Kampfes um bessere Existenzbedingungen, achtfünfstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 20 Pfennig pro Stunde.**  
Die Betriebsräte, von den Belegschaften in den Betrieben auf-gestellt und gewählt, müssen zu Führern dieses Kampfes werden. Das wird die beste Antwort sein.

### Hindenburg

## Rohlen und warme Kleidung — für alle Hilfsbedürftigen

Die kommunistischen Magistratsmitglieder reichten für die nächste Magistratssitzung folgenden Antrag ein:  
Der Magistrat beschließt:  
An alle Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner, Ortsarme und sonstige Hilfsbedürftige sind durch das Wohlfahrtsamt sofort Vorrat zur Anschaffung von Rohlen, Holz und warmer Kleidung auszugeben.  
gez. Fendrosch, Gwojdz.

### Wohnungsdezernent Lorel wurfelt — Wohnungskommission arbeitslos!

Wir haben eine Wohnungskommission, die, nachdem Herr Lorel Dezernent des Wohnungsamts geworden ist, alle Jubeljahre zusammentritt. Herr Lorel waltet und schaltet selbstherrlich. Die Wohnungskommission wird fast gar nicht mehr gehört. Dieser „Patentdemokrat“ beräumt Sitzungen ein, wenn es ihm gerade beliebt. Dafür ist auch Herr Lorel sozialdemokratischer Preisboger für Demokratie und parlamentarische Gebräuche und Gepflogenheiten. Herr Lorel fürchtet die Kommission, da sie ihm nicht nach der Pfeife beliebt zu tanzen. Und nun sei ein Fall erwähnt, der Herrn L. als den zugänglichen Mann für Unternehmerrwürsche zeigt: Auf der Guidostraße 8 wird eine Wohnung auf folgende Weise frei: Kohlen-messer Paschel zog von Guidostraße 8 nach einem Neubau an den Delbrückstraße. In die alte Paschel-Wohnung zieht man einen gewissen Lorenz Klein, der erst zwei oder drei Jahre verheiratet ist, während andere schon beinahe ein Jahrzehnt auf eine Wohnung warten. Der Herr Bergart Baumann soll den L. für diese freige-wordene Wohnung empfohlen haben. Das Schöne hierbei ist, daß das Wohnungsamt mit Herrn Lorel sich das Vorschlagsrecht nehmen ließen, und die Berginspektion „empfehlte“ die Mieter.

Die Dinge werden in Wirklichkeit so liegen, daß die Berg-inspektion sich an den Herrn Dezernenten wandte, und dieser verbeugte sich und trug ihrem „Wunsche“ Rechnung. Wegen solche Methoden wenden wir uns mit aller Schärfe.  
Wir verlangen, daß die gewählte Kommission die Verteilung der Wohnungen usw. vorzunehmen habe und nicht der Dezernent. Die vielen Wohnungslosen wollen nicht dem Nachstichtel eines sozialdemo-kratischen Stadtrats ausgeliefert sein.

### Miedowitz

## Festsetzung der Willamiete nach Quadratmeter?

Während die werktätige Bevölkerung in Behausungen wohnt, die man als Wohnungen nicht anprechen kann, hat man dem Bürger-meister eine Villa gebaut. Neuhäuser von Hart sind hierfür aus-geworfen worden; für den Bau von Arbeiterwohnungen sind Mittel nicht vorhanden. In der Villa sollen 18 Zimmer sein, die nur die Familie unseres „Vorgemaltigen“ bewohnt. Die Miete wird nicht etwa nach dem bewohnten Raum bezahlt. Rein Herr Dr. erhält neben seinem Nießengehalt ein sehr schönes Wohnungsgeld, und damit bezahlt er seine Miete. Mütterlich reicht das Wohnungsgeld zur Be-streitung der Unterhaltungslosten, des Zinsendienstes usw. bei weitem nicht aus. Dafür gab man ihm die Villa als Dienstwohnung. Die über das Wohnungsgeld entstehenden Kosten muß die Gemeindekasse tragen.

Die Proleten, wenn sie in eine Neubaugewohnung ziehen, müssen quadratmeterweise die Miete bezahlen. Dabei kommen Mieten her-aus, die beinahe den halben Lohn wegessen. Ein sehr großer Teil der Arbeiterschaft kann gar nicht eine Neubaugewohnung mieten, wegen des geringen Verdienstes.  
Die werktätige Bevölkerung sieht die „gleiche“ Behandlung der Mitglieder der Kommune. Dem einen eine Prachtvilla, der andere möge verrecken in seinem elenden Loch. Dem einen ein fürstliches Gehalt, dem anderen eine Sozialunterstützung von 16 Mark auf den Monat. Darum, Proletariat, kämpft mit uns Kommunisten für die

### Bestimmung dieser kapitalistischen Ordnung, für die Diktatur des Proletariats, für ein Sowjet-Deutschland.

## Rathbor

### Artikel 163 der Reichsverfassung in der „Praxis“

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)  
§ 163. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu er-werben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.  
Trotzdem. Der erwerbslose Arbeiter Johann B. hatte am 31. De-zember vorigen Jahres einen Antrag auf Bewilligung einer Armen-unterstützung an das Kreiswohlfahrtsamt gestellt. Nach sechs vollen Wochen erhielt er folgenden Bescheid:  
Ihrem Antrage vom 31. 12. v. J. auf Gewährung einer Armenunterstützung kann nicht entsprochen werden, da Sie arbeits-fähig und daher in der Lage sind, einer lohnbringenden Beschäfti-gung nachzugehen. Bedürftigkeit kann somit nicht anerkannt werden.  
Kommentar überflüssig!

### Kreuzburg

## Gutsinspektor schnauzt alte Frau an

Bankrott. Man möchte bald zu der Ansicht gelangen, wenn man das Benehmen des hiesigen Gutsinspektors gegenüber den Guts-proleten sieht, daß in ihm der Beelzebub gefahren sei. Eine alte Frau, die den Inspektor um einen Meter Holz bittet, da sie bei diesem strengen Frost friert, wird angeschauzt in einem auf dem Kalernhof wöhnlichen Tone. Er erklärte ihr: „Lassen Sie sich das Holz geben, was mir die Leute stehlen.“ Ließ das alte Mütterchen, das jahrelang treu dem „Herrn“ diente, stehen, und in der nächsten Nähe konnte man wieder diesen Saupfertenton hören. Dort scheint auch ein Prolet wieder angepöbelt worden zu sein.

Das Elend der Landarbeiter ist wirklich groß. Die Großgutsbarter und ihre Sakalen beuten die Proleten aus und geben ihnen Hunger-löhne, nicht mal Holz, um sich die Bude zu erwärmen.  
Gerade ihr, Landarbeiter, die ihr heute noch der christlichen Kirche angehöret, müßt erkennen, daß die Krautjunker eure Feinde sind, und daß sie belämpft werden müssen. Nicht durch Bitten und Betteln werdet ihr zu eurem Recht kommen, sondern durch den proletarischen Klassenkampf. Handelt!

### Cosel

## Caritaswoche und Vater Bayer

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)  
Auf ganz Oberschlesien verstreut, hat man die „Jünger Christi“ auf die Bevölkerung losgelassen. Die katholische Kirche hat Caritas-wochen angelegt, wo Predigten auf Predigten abgehalten werden. Der Zweck dieser katholischen Aktion ist der, die rebellierenden Pro-leten an der Stange zu halten, sie weiter gefügig zu machen für diese Gesellschaftsordnung, wo auf der einen Seite ein kleiner Pro-zentatz in Saus und Braus lebt, auf der anderen Seite Millionen Proletarier in Not und Elend dahinziehen.  
Diese Pentekoste hat in unserem Ort ein gewisser Vater Bayer durchgeführt gehabt. Männer und Frauen wurden in den Predigten getrennt bearbeitet. Bei den Frauen-Predigten soll der Vater folgendes ausgeführt haben: „Sei ein treuer Untertan der beinen Vorgesetzten gegenüber. Eine „gelegene“ Frau kann auch an den Fasttagen Fleisch essen; dies wird ihr nicht als Sünde angerechnet. Diejenigen begehen eine Todsünde (muß ein schreckliches Viech sein), die das Gebären von Kindern verhindern. Kinderreiche Fa-milien haben vor Gott ein Ansehen.“ (Kann man sich nichts dafür laufen.)  
Deshalb müßte die Frau ihren Körper jederzeit ihrem Mann zur Verfügung stellen. Man solle „dieses“ nicht unnötig im Bett verschleudern.

viele Selbstmorde in Deutschland sind nur darauf zurückzuführen, daß die Menschen gewöhnt sind, gut zu leben, und wenn sie es nicht können, vollführen sie Selbstmord. (Diesen Kultenträgern kann es ja gar nicht dreidig gehen. Für sie langt schon der Vater Staat.) Das Himmelreich können wir nur durch Opfer erlangen. Das Beien allein hilft nicht, man müsse Almosen geben. Er forderte auf, den ver-schiedensten katholischen Vereinen beizutreten. Den Beitrag solle man nicht scheuen. Und anderes bummelndes Zeug mehr.

Nach den Predigten nahm der Herr Warrer eine Sammlung vor, mit dem Zweck, daß keiner durch die Zeiten gehe. Den letzten Groschen verjagte diese „Jünger Christi“ aus den Dauten heraus-zupressen. Ihr Herr und Welter verschmähte den Wärmion und ritt auf einer Eselin, die Warrer Jahren lang im eigenen Zugewandt und sammelte die irdischen Schätze. Sie können nicht genug haben.

Die arbeitende Bevölkerung, die nach diesen Kuttendröhnern nach-lieft, mühte endlich erkennen, wie man mit ihnen Schnidüber treibt, daß die Kirche eine Institution zur Erhaltung des kapitalistischen Staates ist. Die Proletarierinnen sollen zur Gebärmutter begrabert und nur Ausbeutungsbjekte für die herrschende Klasse sein. Die Kirche selbst profitiert, durch Tausen, Hochzeiten, Begräbnisse usw., bei dieser Pöblerei. Die schwarzen Brüder fragen einen Dreß danach, ob die Arbeiterfrau die vielen Käufer stoßen könne.

Proletarier! Laßt euch nicht weiter benebeln. Heraus aus der Kirche! Laßt den Kapitalisten den Himmel! Kämpft für ein menschen-würdiges Dasein! Reht euch ein in die SPD!

### Neisse

## „Gebt uns Arbeit oder Brot!“

Am Sonnabend, dem 9. Februar, fand eine von 400 Erwerbs-losen aufgesuchte Versammlung statt, in der der Erwerbslosenaus-schuß von der Bezirkskonferenz gab. Daran schloß sich eine ausgiebige Aussprache. Nach Schluß der Versammlung formierten sich die Verammelten restlos zu einer wichtigen Demonstration durch die Stadt. Transparente mit ihren Forderungen, unter anderem mit der Inschrift „Gebt uns Arbeit oder Brot!“, wurden im Zuge ge-tragen. Der Ausschuß, der während der Demonstration mit dem Magistrat wegen Lieferung von Kohlen und Weißbrot verhandelte, erzielte auf den Druck der Demonstranten, daß die Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner und sonstige Hilfsbedürftige drei Zentner Kohlen sofort erhalten. Wegen der Wirtschaftsbefristung soll die Stadt-verordnetenversammlung beschließen.

### Neustadt

## Inflations-Hausbesitzer schikanieren 63jähr. Mieterin

Als kleiner Mussolini fühlt sich der während der Inflations-Haus-besitzer gewordene Adolf A. u. S. Nr. 24. Dieser schikaniert die Mieter, die in seinem Hause wohnen, auf jede erdenkliche Weise, so, er-scheint auch nicht vor Täuschungen zurück. Eine alte Frau, die in seinem Hause wohnt, hatte die Doppelfenster auf dem Balkon ein-hängen wollen, waren sie purlos verschwunden. Auf Befragen er-klärt der Wirt: „Was gehen mich Ihre Doppelfenster an, stellen Sie sie doch nicht dorthin!“, trotzdem eine Mitbewohnerin äußerte, daß der Hauswirt etliche Fenster verkauft hat. Nun müßte die alte 63jährige Frau, die eine freilegende Dachwohnung bewohnt, den Winter hinter einfachen, der Luftzug gewährenden Fenstern zubringen. Da sie bedeutend mehr Kohlen brauchte als sonst, bezahlte die Frau keine Miete. Die Folge davon war eine Klage des Wirts-jweds Ermittlung. Um diese Klage etwas mehr zu begründen, er-laubt sich dieser „famose“ Hauswirt allerlei Argumente, z. B. fort-währende Beleidigungen seitens der Frau und ihres Sohnes sowie Täuschungen des letzteren. Aber selbst das Gericht gab der alten Frau Recht, und so hat der Wirt die Kosten zu tragen.

Darüber brülte der kleine Diktator Rache.  
Als erster Racheakt wurden sämtliche Bodenseiten aufgerissen sowie die Türen der Bodenseiten ausgehängt, die in der Kammer des Wirtes verschlossen wurden. Nun ist die hilflose Greisin der starken Kälte ausge-setzt. Die herbeigerufenen Polizei erklärte, nicht eingreifen zu können. So ist die alte Frau der Willkür des Wirtes ausgeliefert, weil sie sich nicht alles gefallen ließ.  
Arbeiter! Dieses Beispiel beweist, daß euch inniger Zusammen-schluß nützt, um euch gegen solche Methoden der Hausgutsarier zu wehren!

Erwerbslose Landarbeiterfamilie erhält 5,50 Mark Unterstützung  
Der Landwirt Bernhard Otte in Langenbrück beschickte seit einem Jahre den 40 Jahre alten Arbeiter Karl Pa n g e r. Letzterer erhielt wöchentlich den „fürstlichen“ Lohn von 5 Mark. Sehr wo-ansehend wenig Arbeit zu verrichten ist, wurde er entlassen und meldete sich erwerbslos. Auf dem zur Meldung nötigen Formular hatte der Arbeitgeber pro Tag 1,20 Mark für Beföstigung berechnet, so daß ein Gesamtlohn von 12,20 Mark herauskommt. Nun erhält der Arbeiter mit Frau und einem Kinde 5,50 Mark Unter-stützung. Diese horrenden Summe reicht selbst diesem Proleten, der gewöhnt an Ueberfluß nicht gewöhnt ist, nicht zur Existenz. Ob Herr Otte beim Finanzamt auch so bescheldene Lohnausgaben angegeben hat?

Landarbeiter! Euch tut inniger Zusammen-schluß dringend not, um euch gegen eine derartige Ausbeutung wehren zu können. Trebet ein in die SPD., die das herrschende Ausbeutersystem bekämpft! Lest die „Arbeiter-Zeitung“, die euch in jeder Hinsicht aufklärt!

### Oppeln

## Stühle werden verbrannt

In den Baracken ist man, wie wir uns überzeugt haben, dazu übergegangen, Stühle und andere Möbelfstücke zu verbrennen, um sich vor dem Erfrieren zu schützen.

### Kommunistisches Kreisstadtsmitglied für Kohlen-zuschüsse

Infolge der grimmigen Kälte ist jede werktätige Hausfrau ge-zwungen, den Ofen vom frühen Morgen bis tief in die Nacht hinein zu heizen. Es heißt sich ganz schön, wenn genügend Zeug zum Setzen da ist. Aber fragen wir einmal bei den Erwerbslosen, Klein- und Sozialrentnern und ganz besonders bei den Ortsarmen an, ob sie genügend Heizstoff haben. Infolge ihrer großen Notlage sind diese Bauernschwären nicht in der Lage, sich Kohle bzw. Holz zu kaufen. Aus diesen Gründen hat sich das kommunistische Kreisstadtsmitglied, Genosse Wi e t z u l l a genötigt gesehen, einen Antrag an den Kreis-ausschuß in Oppeln zu stellen, der verlangt, aus Kreismitteln die arme Bevölkerung mit Brennmaterial so schnell wie möglich zu beliefern.

Opfer der Kälte. Von einem besonderen Mißgeschick ist der obdachlose Hobzit aus Hindenburg, der in einer Scheune in Hal-len-dorf nachtlage, betroffen worden. Dem Bedauernswürdigen sind in-folge der Kälte beide Beine bis unterhalb des Knies erfroren.

Beil kein Ofen vorhanden war. Einen tragischen Tod fand ein junger Gärtnergehilfe im benachbarten Czepanowitz. Gemeinsam mit einem Rutscher logierte er in einem Zimmer, in welchem der Ofen fehlte. Um die Temperatur des Zimmers zu erhöhen, kochten sie den unglücklichen Gedanken, Zirkeln in einem Elementofen an-zuwandern. Durch die Kohlenoxydgase wurde der Gärtnergehilfe ge-tötet, während der Rutscher noch am Leben erhalten werden konnte.  
Eine Stadtverordneten-sitzung findet am 21. Februar um 17 Uhr statt.

# Aus aller Welt

## 70 Grad unter Null in Sibirien

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist das Thermometer in Jakutsk bis auf 70 Grad unter Null gesunken. Nach amtlichen Meldungen sind über 25 Todesopfer durch Kälte zu verzeichnen, darunter neun Kinder.

### Nachlassen der Kälte über Deutschland.

Die Temperaturen in Westdeutschland zeigen durchschnittlich sechs bis sieben Grad unter Null. Am Montagmittag hat die Stauung auf dem Rhein den Osten Schweißgerin in Hamburg erreicht. Damit ist die Eisdecke zwischen der holländischen Grenze bis nach Hamburg völlig geschmolzen. Da der Frost wieder zunimmt, rechnet man damit, daß die Eisstauung im Laufe des Dienstags das Duisburg-Ruhrort- und Gelsenkirchener Gebiet erreicht.

### Neue Kälteperiode angefangen.

Die russische Wetterstelle meldet, daß der Eindruck einer neuen Kälteperiode über Europa droht. In Südrussland sind bereits nach der Erwärmung der letzten Tage wieder neue Fröste eingetreten. In Sewastopol am Schwarzen Meer herrscht starker Sturm. Die russische Funkstation empfängt dauernd SOS-Rufe von Dampfern, die sich in Seenot befinden.

**Barfuß im Schnee.** Eine tolle Wette ist dieser Tage der Bauernbursche Franz Turzan in einer holländischen Ortschaft eingegangen, die er auch gewann. Er wettete um einen Liter Branntwein, barfuß durch den Schnee zu dem zwei Kilometer entfernten Wirtschaft und wieder zurück zu gehen. Er kam auch an, erhielt den Schnaps, doch sind ihm auf dem Wege zwei Beine erfroren.

**Vier Bergarbeiter verschüttet.** Auf der Wolfgang-Grube in Ruda (bei Kattowitz) wurden durch Zubruchgehen eines Stollens vier Bergarbeiter verschüttet. Nach mehrstündigen Rettungsarbeiten konnten zwei noch lebend mit Verletzungen geborgen werden, während die anderen beiden einige Zeit später nur noch als Leichen aufgefunden wurden.

**Am Tage vor der Entlassung aus dem Gefängnis tödlich verunglückt.** Einen tragischen Tod fand ein auf Außenarbeiten beschäf-

tigter 21-jähriger Strafgefangener im Wärenter Walde bei Schweidnitz. Beim Verladen von Baumstämmen riß die Spannkette, wobei er von dem Wagen abrollenden Eichenstämmen erfaßt wurde. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf der Stelle verstarb. Der Unglückliche sollte am nächsten Tage zur Entlassung kommen.

**Eine Greisin im Bett verbrannt.** In der Wohnung der Familie Schulz in Ober-Johndorf entstand infolge Kurzschlusses eines Heizlittens ein Wohnungsbrand, wobei durch den Qualm die 73-jährige kranke Frau Nieß erstickte.

**Maulwürferfall auf einen Viehhändler.** Am Sonntagvormittag wurde auf den Feldern bei Königshütte, in der Nähe des Schlachthofes, ein Viehhändler aus der Wohnsiedlung Polen mit einem schweren Schädelbruch aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß der Viehhändler noch am Sonnabend in Königshütte gesehen worden war. Der Ueberfallene hatte circa 30.000 Mark bei sich, von denen etwa die Hälfte fehlte, während er den Rest des Geldes so gut bei sich versteckt hatte, daß er von den Tätern nicht gefunden werden konnte. Von den Tätern fehlt jede Spur.

**Folgeschweres Einsturzungslied.** Beim Einsturz mehrerer Militärbaracken in Monterey (Mexiko) wurden nach Meldungen aus Neu-York sieben Rekruten getötet und zwölf schwer verletzt.

**Ein Opfer der Wissenschaft.** An den Folgen der Versuche mit X-Strahlen ist der Leiter des Radiologischen Laboratoriums der Sorbonne, Dr. Sebastian Turcini-Paris gestorben. Der Gelehrte mußte sich schon 1926 den Zeigefinger der linken Hand abnehmen lassen und bügte später noch zwei weitere Finger ein.

**Bei lebendigem Leibe verbrannt.** Bei Karnevalsfeierlichkeiten in Tours (Frankreich) hielten sich zwei junge Menschen mit Postlumen aus Watte als Schneemänner verkleidet. Sie kamen einem Ofen zu nahe und waren in wenigen Augenblicken in Flammen gefüllt. Einer von ihnen verbrannte bei lebendigem Leibe, während der andere schwere Verletzungen davontrug.

**Explosion in einer chinesischen Kohlengrube.** Auf einem Schacht der Kohlengrube bei Fuchun, in der Nähe von Nanking, wurden durch eine Explosion 14 Arbeiter getötet und sieben verletzt.

## Der junge Kämpfer

### Wie eine Bombe hat sie eingeschlagen!

#### Die Rote Schulgranate!

Die Herren Direktoren bebten vor Entzückung, als unsere Genossen die erste Berufszeitung verteilten. Wie im ganzen Reich, holte man sich auch in Breslau die Hüter des bürgerlichen Staates und der Sitte und der Ordnung, um die Zeichnungen zu beschlagnahmen. Jawohl! Unsere Kameraden waren schneller als die Schupo! Die „Granate“ ist überall verteilt und geplatzt. Überall diskutieren die Schüler über die Forderungen des kommunistischen Jugendverbandes!

**Berufsschüler!** Sendet sofort Berichte an Ernst Wollweber, Nr. 1, Breslau, Feldstraße 50.

**Habt ihr auch?** nicht vergessen, über den Internationalen Jugendumtag zu sprechen? Sofort nachholen! Wann sehen wir euch auf unseren Heimabenden?

**Bereitet eure armen Lehrer schon auf die zweite Nummer vor,** damit sie nicht wieder vor Entsetzen hysterisch werden.

**Hat Lehrer Günther sich schon von seinem sicher erfolgten Wutanfall erholt?**

Antwortet bald eurem

Flodur.

### Die Polizei sucht Wjanow Lenin!

#### K. J.-Korrespondent

Bei einem Nachtmarisch der Roten Jungfront hatten wir folgendes Erlebnis:

Als wir mit Gefangenen zur Stadt hinausgezogen, wurde uns Punkt 22 Uhr von einem Polizeibeamten das Singen verboten. Nun, dachte wir, wenn die besoffenen Spießer ungehört herumgölen können, darf man uns das Pfeifen nicht verbieten. Also pfeiften wir. Da hättet ihr den Ordnungshüter sehen sollen! In bestem Tone fragte er nach dem Führer. „Wjanow“, wurde ihm erwidert. Auf seine Frage, ob er unter uns sei, lachten wir ihm ins Gesicht: „Ja Herrin, im Reichstag!“

Jetzt begann der Schupo zu lochen. Er machte es seinem Leutnant nach und verlangte giftig und — o, wie energisch! — den Führer. „Wjanow!“ sagte stolz ein Genosse. Jetzt schnüffelte der Schupo nach „Wjanow“. Keiner wollte „Wjanow“ sein, bis wir uns schließlich erbarmten und ihm sagten, daß Wjanow Lenin in Moskau im Kreml liege.

Um seine Diamant ein wenig zu verkleinern, wurde der „Blau“ wild und stürzte sich auf unsern Flügelmann, der den Wimpel trug. Unsere Kameraden dürfen wir nie allein lassen. Deswegen gingen wir alle zur Sache mit, von wo man uns mit den besten Wünschen für den Schuß der „Republik“ nach einer humorvollen Stunde entließ. Wir hatten erfahren, daß man „die Staatsform nicht kritisieren“ dürfe.

Aber wir sind keine pazifistischen Apatheten und werden bei unermüdlichem Aufmarsch zum Internationalen Jugendumtag beweisen, daß wir gewillt sind, in Lenins Sinne die bürgerliche deutsche Republik zu zerstückeln!

### Jugendliche Selbstmörder

Von F. Rod.

„Gestern gegen 15 Uhr erhängte sich der 16-jährige Lehrling K. R. in der Wohnung seines Lehrherrn.“

Solche und ähnliche Notizen finden wir fast täglich unter den kleinen Nachrichten der Tageszeitungen. Drei bis vier Zeilen, die von den Lesern überflogen werden. Welche Tragödien bergen sie in sich!

Darüber nachzudenken, was die Jungen in den Tod getrieben hat, fällt man nicht der Mühe wert. Als Grund gibt man Furcht vor Strafe, Lebensüberdruß, Liebestummer an. Bei gründlicher Untersuchung dieser Fälle wird man jedoch stets die Heftigkeit machen, daß diese Jugendlichen zu den geistig Hochentwickelten zu rechnen sind.

Die „Deutsche Illustrierte“, eine nationale Zeitung, brachte vor kurzem eine ganze Seite Bilder, die die Zusammenstellung von Selbstmorden Jugendlicher innerhalb einer kurzen Zeit. Im Text stellte man als Ursache der auffälligen Zunahme der Selbstmorde die Folgen der Nachkriegszeit und der sogenannten Revolutionsperiode, Mangel an Gottvertrauen, Disziplinlosigkeit usw. fest.

Arme nationale Menschen! Ganz offensichtlich versucht man diese Selbstmorde zu erklären. Nun, wir Jungkommunisten wissen, daß die größten „Leidenden“ der Deutschen (Goethe, Lessing, Heine usw.) Atheisten waren. Die Geschichte beweist uns also schon, daß Atheisten dankende Menschen sind.

Auch diese jugendlichen Selbstmörder sind denkende, den Sinn dieses Lebens suchende Menschen gewesen. Ja, selbst wenn man als Grund des Selbstmordes Liebestummer annehmen will, so beweist das, daß die Jugendlichen durch ihr Denken die Widersprüche des kapitalistischen Systems, diese Ausweglosigkeit der verkauten und bantrotten Gesellschaftsordnung für unüberwindlich hielten.

In uns Jungkommunisten liegt es, den Jugendlichen klar zu machen, daß es dennoch einen, aber nur diesen Ausweg gibt: in Verbindung mit dem revolutionären Klassenkampf des erwachsenen und Jungproletariats sich in das Studium des Marxismus-Leninismus zu vertiefen. Nicht verzweifeln, sondern Kämpfer werden!

Mit Verfolgung dieser, den Jugendlichen in der Entfaltung ihres Geistes und Gefühllebens hemmenden verrotteten Gesellschaftsordnung wird auch die Selbstmordepidemie der Jugendlichen ein Ende haben, denn dann haben sie die ihrer Weisheit entsprechende freie Entfaltung vollständig in ihrer eigenen Hand!



### Genosse Jungarbeiter!

Was geht vor in Deinem Betriebe?

Wie ist es in der Fortbildungsschule?

### Berichte über all diese Fragen

#### Briefkasten

Achtung! Zuschriften an die Redaktion des „Jungen Kämpfers“, zu Händen des Genossen Flodur, Breslau, Fischebergstraße 22, Nr. 2, vor der D.B.Z. Dein Bericht ist zu lang für den „Kämpfer“. Kannst Du nicht einmal ins Büro kommen? Aber schreibe vorher kurz!

## Vereinigte Theater

### Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 10. 2. bis Sonnabend, den 23. 2.

täglich 20.15 Uhr

Ballspiel

von J. Juchacz Theater

Der blaue Vogel

### Thalia-Theater

Von Dienstag, den 10. 2. bis Sonnabend, den 23. 2.

täglich 20.15 Uhr

Paradeaufführung!

Florian Oeyer

### Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Dienstag, 19.30 Uhr

Abonnement-Vorstellung Serie A 18

Don Giovanni

Mittwoch, 20 Uhr

Abonnement-Vorstellung Serie B 13

Die schöne Helena

Donnerstag, 19 Uhr

Abonnement-Vorstellung Serie E 13

Hohengrin

Freitag, 20 Uhr

Abonnement-Vorstellung Serie C 13

Lucia

Sonntag, 20 Uhr

Die schöne Helena

Sonntag, 15.30 Uhr

Nachm.-Vorstellg. zu ermäßig. Preis. (Gr. 2)

Der Freischütz

Sonntag, 20 Uhr

Rioletto

### Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

Täglich 20 Uhr

### Eine Nacht in Cairo

### Masken und Theater-Kostüme

neu u. preisgekrönt — verkauft billigst

G. 881's Spezialhaus

H. Wiersing Breslau, Messergasse 50

Am Neumarkt — Tel. 216 44

### Sprechapparate und -Platten

speziell

### Rote Frontkämpfer-Marsch

Proletarische Lieder und sämtliche neuesten Schlager

Georg Greulich, Hummerel 52

bequeme Teilzahlungen

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Gleiwitz

Sonntag, den 24. Februar 1929

vormittags 9 1/2 Uhr, findet in Gleiwitz

Gewerkschaftshaus, Einfielstr. 23/25

die diesjährige

General-Versammlung statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht

Referent: Kollege Syguda

2. Aussprache

3. Neuwahl der Ortsverwaltung

Pflicht aller Mitglieder ist es, an dieser

Verammlung zu erscheinen. Mitglieds-

buch muß mitgebracht werden.

Ohne Mitgliedsbuch erscheinende

Kollegen, und solche, die entprechend

den statutarischen Bestimmungen mit

ihren Beiträgen rückständig sind, finden

keinen Einlaß. Die Ortsverwaltung.

### Sie verdienen Insuperate

10 Mark mit Schnittenkel

haben in unserer Zeitung

Reste

in Serge, Kiste, Leinwand, Armeelutter

Robhaar, Garn, Knöpfe

Kerzen, Erdöl

alles sehr billig

prima Ware

Detail und Export

Borth. Lippert

Breslau

Geinrichstraße 16

Filiale: Oberstr. 17

Welfberggasse 43

Beim Zeitungs-Kolporteur Kuhnt Liegnitz, Ritterstraße 9, können sich

### 2 Genossen

oder RFB-Kam. melden, welche Lust zum Straßenverkauf der „Arbeiter-Zeitung“ u. „Arbeiter-Illu-tr.“ haben

### General-Verwaltung

General-Verwaltung

General-Verwaltung

General-Verwaltung

General-Verwaltung

General-Verwaltung

General-Verwaltung

General-Verwaltung

General-Verwaltung

General-Verwaltung

General-Verwaltung